

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungskasse Nr. 4089 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierspaltige Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 105.

Dienstag, den 7. Mai 1901.

8. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

## Der Junker Macht und Einfluß.

Wp. Die wirtschaftliche Macht des Junkerthums ist viel geringer, als sein politischer Einfluß, und seine politische Annäherung übersteigt noch um vieles seinen tatsächlichen Einfluß. Das kann nicht auf die Dauer zusammenhalten. Wenn nicht anders, so wird der politische Einfluß der preussischen Agrarier an ihrer überspannten Annäherung in die Brüche gehen, und ist dies geschehen, so wird man erstaunt sein, wie das industrielle Deutschland sich solange die junkerliche Herrschaft, diesen politischen Abatismus, diesen Rückfall in eine längst überstandene Vergangenheit, hat gefallen lassen können.

Wer sind die Junker? Etliche Tausend adeliger Gutsbesitzer, mehrere Duzend davon schwer reich, ein erheblicher Theil halb veracht, die meisten in recht respektablen Vermögensverhältnissen, mit etwa 6000—10 000 M. Einkommen per Jahr, die ihnen aber nicht ausreichen, weil sie an Prunk und Verschwendung gewöhnt sind. Ein Junker, dessen Mittel nicht ausreichen, um Kneppferde zu halten, für den Winter eine Luxuswohnung in Berlin und die sonstigen Kosten der Ball-Saison zu bezahlen, die Söhne bei der Garde dienen zu lassen und ähnliche harmlose Sachen mehr, fühlt sich sozial zurückgesetzt und zählt zu den „nothleidenden Agrariern.“

Diese wenigen Tausende, die nicht einmal ein Hundertstel der landwirtschaftlichen Bevölkerung ausmachen, geben sich als die personifizierte deutsche Landwirtschaft. Der gesammte „Bund der Landwirthe“ mit seinen 200 000 Mitgliedern bildet kaum 2 1/2 Prozent der 8,3 Millionen in Landwirtschaft Berufstätigen, die 1895 gezählt wurden. Der „Bund der Landwirthe“ ist aber nicht bloß eine politische Organisation, er ist eine Einkaufsgenossenschaft, eine Versicherungsgesellschaft und noch verschiedenes andere dazu. Viele seiner Mitglieder kümmern sich blutwenig um die Politik und thun nur mit, angelockt durch die theilweisen geschäftlichen Vortheile und noch größeren Versprechungen, die der „Bund“ seinen Mitgliedern gewährt. Das Rückgrat des Ganzen bilden die adeligen Gutsherren in Ostpreußen und Pommern, die viel Korn bauen und wenig Vieh halten und deshalb ein ganz ausschließliches Interesse an den hohen Getreidepreisen haben. Was nur ihnen frommt, erheben sie zum Gesetz für die gesammte deutsche Landwirtschaft. Zu Wirklichkeit leiden unter der junkerlichen Politik nicht nur die Arbeiter der Städte, sondern auch Millionen deutscher Bauern, die durch die Getreidezölle gebrandschätzt werden.

Die Junker sind erklärte Gegner der städtischen Industrie. Zwar auf dem Lande sind sie selbst Industrielle — man denke nur an die Schnapsbrennereien, an die Zuckerraffinerien, Großzementwerke u. — aber gegen die Fabriken in den Städten haben sie aus besonderen Gründen einen Haß. Man kennt die Klagen über den „Zug nach der Stadt.“ Schamloser hat sich noch nie ein Ausbeuter-Interesse geoffenbart. Wir wissen, wie elend die Fabriklöhne sind, aber die Junker schreien Peter-Mordio, weil nach ihrer Ansicht die Industrie durch exorbitante Löhne die Arbeiter verhöhne und vom Lande weglocke! Die junkerliche Forderung nach Beschränkung der Freizügigkeit ist nichts anderes als das Verlangen nach staatlichem Zwang, um die Löhne niedrig zu halten. Dieser Kampf der Junker gegen die industrielle Entwicklung beruht also direkt und in hohem Maße die Interessen der Arbeiter, und zwar vor allem des arbeitenden Volkes auf dem Lande. Die adeligen Gutsherren haben es bis auf den heutigen Tag nicht verschmerzen können, daß der Bauer nicht mehr ihr Höriger ist. Sie wollen ihn an die Scholle fesseln, sie wollen ihn aller Mittel berauben, sich ihrer Herrschaft zu entziehen, ihm alle Wege verlegen, die zu einem freieren Dasein führen.

Was den Gutsherrn bedrängt, die Abwanderung der Dorfg Jugend nach der Stadt, das ist noch der einzige Rettungsanker des Bauerthums. Würde die gesammte bäuerliche Nachkommenschaft auf dem Lande verbleiben, so würde der bäuerliche Besitz sich noch mehr zersplittern als jetzt, und die Existenzmöglichkeit auf dem Lande würde sich noch mehr verringern. Ein Bauerthum ohne Industrie erzeugt chine-

sische Zustände. Das Bestreben der Junker ist, ein Monopol der Ausbeutung zu schaffen. Sie kennen kein anderes Gesetz der Entwicklung als ihr persönliches Interesse. Diesem muß sich alles unterordnen: die Staatspolitik wie die Produktionsentwicklung. So hindern sie jetzt den Bau des Mittellandkanals und fordern zugleich erhöhte Getreidezölle. Also, wenn die durch Verbilligung der Frachten im Inlande mögliche Verbilligung des Getreidepreises verhindert werden soll, so ist endlich eine glückliche Vereinigung agrarischer Handels- und Verkehrspolitik erreicht. Schon die agrarische Handelspolitik hatte, außer der Lebensmittelvertheuerung, die sehr wichtige Nebenwirkung, daß sie einen sehr mächtigen Anreiz gab zur Entwicklung der Verkehrsmittel — in Amerika.

Um der künstlichen Vertheuerung ihrer Getreideaufuhr durch die europäischen Zölle zu begegnen, haben die Amerikaner ihr Eisenbahnetz und ihre Kanäle ausgebaut und Frachttarife erreicht, die in Europa einfach undenkbar sind. Das hatte zum Ergebnis, daß nunmehr nicht nur das amerikanische Getreide, sondern auch das amerikanische Eisen den europäischen Markt bedroht. Damit nicht genug, verhindern jetzt die Agrarier auch noch die Entwicklung der Verkehrsmittel in Deutschland selbst!

So haben wir auf der einen Seite das Häuflein adeliger Gutsherren in Ostpreußen, auf der anderen nicht nur die Massen des arbeitenden Volkes in Stadt und Land, sondern auch die städtischen Industriellen. Wie ist es unter diesen Umständen möglich, daß die Junker dennoch ihren Willen durchsetzen? Ihr Einfluß beruht auf ihren Konnexen bei Hofe, auf der, zwar nicht mehr als Staatsgrundgesetz anerkannten, aber faktischen, privilegierten Stellung des Adels, der alle höheren Militär- und Verwaltungsstellen besetzt hält, auf der Unterordnung aller Bundesstaaten unter Preußen und auf dem Dreiklassenwahlsystem zum preussischen Landtag. Das letztere, das preussische Dreiklassenwahlsystem, ist aber sehr trügerisch. Wer einen Einblick nimmt in die preussischen Wahlstatistiken, überzeugt sich, daß die Junker im Landtag nur deshalb herrschen, weil die anderen Bevölkerungsklassen ihnen diese Herrschaft überlassen. Wenn in diesem Augenblick der preussische Landtag aufgelöst worden wäre, so würde schon die regere Wahlbetheiligung, die zweifellos in allen Wählerklassen zu erwarten gewesen wäre, genügen, um mit dem Junkerthum aufzuräumen. Und wenn das Junkerthum jetzt fällt, steht es nicht mehr auf. Aber das ist es eben! Die Regierung hat sich zu entscheiden, ob sie agrarisch oder industriell sein will. Und das magt sie nicht.

Aber mag der Regierung der Entschluß noch so schwer fallen, so wird sie ihn doch, früher oder später, fassen müssen. Man kann die Konsequenzen einer gewissen Politik nicht sehen, aber die harten Thatsachen, zu denen sie sich mit der Zeit auswachsen, lassen sich nicht aus der Welt schaffen. Alles, was die industrielle Entwicklung Deutschlands hindert, muß sich mit der Zeit nicht nur an der wirtschaftlichen, sondern auch an der politischen Machtstellung des Reiches rächen.

## Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lübecker Volksbote“.)

Berlin, den 4. Mai 1901.

Der Reichstag hielt heute eine recht kurze Sitzung ab. Das Gesetz über Unfallfürsorge für Beamte und Personen des Soldatenstandes wurde in dritter Lesung wesentlich nach den Beschlüssen zweiter Lesung angenommen, doch mit einem auch von unsern Genossen unterstützten Antrag des Centrumsabgeordneten O. P. P. P. zu Gunsten der an Orten mit niedrigem Tagelohn verunglückten Soldaten, denen er den Durchschnitts-Tagelohn ihres gewöhnlichen Arbeitsortes angerechnet wissen will. Die Regierungsvertreter sprachen sich gegen den Antrag. Das Gesetz wird ja aber wohl nicht daran scheitern.

Dann wurden wieder Petitionen vorgenommen. Eine Petition um Aufhebung des Differenz einwandes im Börsenspiel wurde nach einem etwas versteckten Hinweis des Abg. Büsing auf die Ministerhaft seines Parteigenossen Müller-Duisburg von der Tagesordnung abgesetzt. — Die wichtigste der heute vorliegenden Petitionen war die um Regelung der Arbeitsverhältnisse im Gastwirthsgewerbe. Sie wurde auf Vorschlag der Kommission dem Reichskanzler zur Erwägung überwiesen, nachdem Genosse Mollenkott in trefflicher Rede auf die Reformbedürftigkeit der Zustände in dem genannten Gewerbe hingewiesen hatte.

Die nächste Sitzung findet am Montag statt. Auf der Tagesordnung steht das Wein-Gesetz, zweite Lesung.

88. Sitzung, Mittags 1 Uhr.

Am Bundesrathstisch: Graf von Posadowsky, von Söpler.

Zunächst wird die Vorlage betr. Versorgung der Kriegsinvaliden in dritter Lesung ohne Debatte auf Antrag des Abgeordneten Graf Drisla (M.) en bloc angenommen. Ebenso in der Gesamtabstimmung.

Es folgt die dritte Berathung des Unfallfürsorgegesetzes für Beamte und Personen des Soldatenstandes.

In der Generaldiskussion wird das Wort nicht verlangt.

Es folgt die Spezialdiskussion.

§ 1 bis 2 werden debattelos erledigt.

§ 3 giebt Bestimmungen über die Berechnung der Rente. Nach Abs. 1 soll, wenn das jährliche Dienstverdienst nicht den dreihundertfachen Betrag des für den Beschäftigungsort festgesetzten ortsüblichen Tagelohns erwachsener Tagelöhner erreicht, dieser Betrag der Berechnung zu Grunde gelegt werden.

Dr. O. P. P. P. beantragt einen Zusatz, wonach, wenn der nach Abs. 1 zu Grunde zu legende Betrag hinter dem Jahresarbeitsverdienst zurückbleibt, den während des letzten Jahres vor dem Unfall Personen bezogen haben, welche mit Arbeiten derselben Art in demselben Betriebe oder in benachbarten gleichartigen Betrieben beschäftigt waren, dieser Jahresarbeitsverdienst der Berechnung zu Grunde zu legen ist. Der 1500 M. übersteigende Betrag soll nur zu einem Drittel zur Anrechnung kommen.

Hoch (SD.): Ausreichend wäre die Unfallfürsorge erst dann, wenn die Arbeiter, die während des Militärdienstes verunglückten, dieselbe Entschädigung erhalten, die sie in ihrer Heimath bezogen hätten, wenn sie in einem Privatbetriebe verunglückten. Eine Verbesserung bedeutet indes der Antrag O. P. P. P. der Kommissionsfassung gegenüber immerhin.

Generalkommissar Diebahn: Die Annahme des Antrages O. P. P. P. würde der Neuregelung der Pensionsgesetze erhebliche Schwierigkeiten in den Weg legen. Die Leute, die mit der Waffe in der Hand ihren Dienst thun, dürfen auf keinen Fall schlechter gestellt werden, als die Leute, die in Betrieben thätig sind. Dahin geht aber die Tendenz des Antrages.

Rückert (M.): Der Antrag soll eine thatsächlich bestehende Ungerechtigkeit beseitigen und deshalb werden wir ihn unterstützen.

Mollenkott (SD): Wenn man einmal die Personen, die in Betrieben beschäftigt sind, in das Gesetz einbezieht, dann muß man ihnen auch, wenn sie verletzt werden, die gleiche Entschädigung zahlen, die sie in Privatbetrieben bekommen hätten. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wir werden für den Antrag O. P. P. P. stimmen.

Hofmann-Dillenburg (M.) bittet um Ablehnung des Antrages O. P. P. P., der ohnehin eine praktische Bedeutung nicht haben würde.

In der Abstimmung wird hierauf der Antrag O. P. P. P. angenommen, ebenso § 3 in der so veränderten Fassung. Der Rest des Gesetzes wird debattelos genehmigt und die Vorlage auch in der Gesamtabstimmung angenommen.

Eine Petition, welche Abänderung des § 66 des Börsengesetzes in dem Sinne verlangt, daß bei Termingeschäften von Personen, die nicht ins Börsen- oder Handelsregister eingetragen sind, die bestellte Sicherheit und die abgegebene Schuldenkenntniß durch das Gesetz für rechtsverbindlich erklärt werden, wird auf Antrag des Abg. Wattenberg (S.) von der Tagesordnung abgesetzt, da der Referent nicht zur Stelle ist.

Eine Petition betr. Abänderung des Vogelstuhlgewetzes und eine Petition betr. den Schutz deutscher Interessen im Auslande wurde debattelos gemäß dem Antrage der Kommission durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Eine Petition betr. die gewerblichen Verhältnisse der Zahnkünstler wird auf Antrag des Abgeordneten Dr. Endemann (M.) dem Reichskanzler zur Erwägung überwiesen.

Ferner beantragt die Kommission eine Petition betr. Regelung der Arbeitsverhältnisse im Gastwirthsgewerbe dem Reichskanzler zur Erwägung zu überweisen.

Sodenberg (Welfe): Am Besten wäre, die Petition dem Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen. Die Gastwirthsgewerbetreibenden haben erkannt, daß sie sich nicht allein auf Staatshilfe verlassen dürfen, sondern daß es auf die Selbsthilfe ankommt. Der Verband der Gastwirthsgewerbetreibenden ist ja ausgesprochen sozialdemokratisch, aber es giebt andere Verbände, die mit der sozialdemokratischen Parteipolitik nichts zu thun haben wollen und auf rein gewerkschaftlichem Boden ihre Interessen vertreten. Wenn wir diesen Verbänden ihre berechtigten Wünsche nicht erfüllen, so liegt die Gefahr nahe, daß sie uns ins sozialdemokratische Lager übergehen. In die Regierung möchte ich die dringende Bitte richten, daß sie mit der in Aussicht gestellten Bundesrathverordnung recht bald kommen möge und daß etwas Ordentliches geschieht.

Mollenkott (SD): Die Untersuchungen der Kommission für Arbeiterstatistik haben ergeben, daß die Zustände nicht nur in Privatbetrieben, sondern auch in Wirthschaften bestehen, die von öffentlichen Behörden verwaltet werden. Vor kurzem ist ja nur ein Entwurf zur Verbesserung der Arbeitsverhältnisse im Gastwirthsgewerbe veröffentlicht worden. Man hat davon gesprochen, daß er als Bundesrathverordnung erlassen werden könne. Nach unserer Meinung muß aber diese Regelung durch den Reichstag selbst geschehen. Noch einige Worte zu dem Entwurf selbst. Die Grundlage desselben ist insofern perfect, als er sich nur auf die Verhältnisse der Keller und Kellner bezieht und die große Zahl der übrigen im Gastwirthsgewerbe thätigen Personen, die Hausknechte, Köche u. s. w. ganz unberücksichtigt läßt. Gerade diese aber bedürfen hauptsächlich des Schutzes. Unter ihnen befinden sich viele weibliche und jugendliche Angestellte unter 18 Jahren. Das Reichsgesundheitsamt hat anerkannt, daß die Arbeit in den Gastwirthsgewerben eine sehr ungelante ist, daher ist eine schnelle gesetzliche Regelung dieser Materie dringend geboten. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Dr. Hise (S.): Ich bitte Sie dem Antrag der Kommission zuzustimmen. Den Ausführungen des Herrn Vorredners laun ich mich im allgemeinen anschließen. Besonders wünschenswert wäre eine Regelung der Sonntagsruhe im Gastwirthsgewerbe, und diese kann allerdings nur durch Gesetz geschehen. Ich hoffe, die Regierung wird recht bald zum Abschluß ihrer Erwägung kommen.

Der Antrag der Kommission wird hierauf angenommen. Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung: Montag 1 Uhr. Beingelegt.

Schluß 4 Uhr.

## Politische Rundschau.

Deutschland.

Was nun? Auf die Frage, was nun eigentlich werden soll, scheint die preussische Regierung selbst keine Antwort zu kennen. Der Kaiser ist Freitag Abend noch nach Schluß



zur Jagd beim Grafen Görz abgereift. Bisher wurden auf Jagden nur Minister gestürzt, jetzt scheinen sie dort auch ernannt werden zu sollen. Der amtliche „Reichsanzeiger“ hat bisher noch keine Publikation über die Veränderung innerhalb des Ministeriums gebracht, und so laufen denn immer noch verschiedene Ministerlisten um, von denen keine Anspruch auf vollständige Richtigkeit machen kann. Zweifellos feststeht nur, daß der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Müller-Brackwebe, ein gefähigter Sozialistenbekämpfer, Schutzpolizist und eifriger Befürworter der Miquel'schen Sammelpolitik, Dreifeld's Nachfolger im Handelsministerium werden wird. Er hat, der „Frkf. Ztg.“ zufolge, Sonnabend Nachmittag im Reichstage bereits Glückwünsche, die ihm dargebracht wurden, nicht mehr abgelehnt. Nach der agrarischen „Deutschen Tagesztg.“ soll ferner feststehen, daß der Minister des Innern, v. Rheinbaben, als Nachfolger Miquels, das Finanzministerium übernimmt. Sein Nachfolger im Ministerium des Innern soll der Oberpräsident der Provinz Brandenburg v. Bethmann-Hollweg werden, von Pobielski wird Landwirtschaftsminister. Wer der Nachfolger des Staatssekretärs v. Pobielski wird, darüber sei endgültig noch nicht beschlossen worden. Sehr wahrscheinlich sei es ferner, daß Graf Rosadowski als Vizepräsident des preussischen Staatsministeriums in Aussicht genommen ist.

Wichtiger als diese Personenfragen ist die Frage der Sache selbst. Die Regierung hat wider Willen die Geschäfte des Junkerthums bejagt, wie wird sie nun die eigenen ausführen? Alles ist in Bülow'sche Reibel gehüllt. An sich ist verständlich, daß man die Einzelheiten der Pläne der Entscheidung des neuen Ministeriums vorbehalten will, aber nicht auf Pläne, sondern auf einen Plan kommt es an. Von dem jetzt nach Hause geschickten Parlament bekommt die Regierung den Kanal überhaupt nicht bewilligt oder doch nur um den Preis hoher Kornzölle: wie soll das also werden? Die Konservativen hoffen offenbar auf die Wucherzölle als bequeme Brücke über den Kanal; darauf haben sie ihre Dankesartikel an die Regierung abgestimmt. Aber das Volk darf sich für die Junker nie und nimmermehr das Fell über die Ohren ziehen lassen: wir haben alles daran zu setzen, damit wir nicht die Fische zu bezahlen haben bei dem Konflikt der modernen Luitpolds mit dem brandenburgischen Kurfürsten. Darum müssen wir beizeiten unsere Stimme in diesen politischen Wirren erheben.

**Der Kaiser und die Diätenfrage.** Im Reichstage erzählt man sich, daß die „markante Aeußerung“ des Kaisers über die Diätenfrage, von der die „Frankfurter Zeitung“ sprach, gelaunt haben soll: „Die Kerls wollen auch noch Diäten haben, ich gebe den Kerlen keine.“

**Der Kaiser und der Präsident von Jagow.** Aus Berlin wird dem „Hamb. Corr.“ geschrieben: Die Konservativen wissen sehr gut, was der Kaiser dem neuernannten Regierungspräsidenten v. Jagow kürzlich mitgeteilt hat. Ihre Antwort darauf war die unumwundene Erklärung des Grafen Limburg, daß die Konservativen den Mittellandkanal ablehnen. — In parlamentarischen Kreisen erzählt man sich hierzu noch folgendes: Der Kaiser war anfangs durchaus nicht gewillt, dem wegen seiner Kanalfronde zur Disposition gestellten Regierungspräsidenten von Jagow wieder zum Regierungspräsidenten zu ernennen, wie dies die beiden Reichspräsidenten v. Miquel und von Rheinbaben beantragt hatten, der Kaiser verlangte, daß von Jagow mindestens vorher ihm gegenüber sein Bedauern über seine damalige Haltung in der Kanalfrage aussprechen müsse. Als die Minister bezweifelten, daß Herr von Jagow dazu bereit sein werde, wurde der Präsident von Jagow in das Schloß befohlen. Hier hielt ihm der Kaiser sehr erregt in längerer Ansprache das Sündenregister der Konservativen vor, wobei noch viel schärfere Ausdrücke gebraucht wurden als die jüngst feierliche Aeußerung über das Schicksal der Kanalvorlage. Natürlich sind diese Aeußerungen auch den konservativen Führern bekannt geworden. Herr v. Jagow selbst fand in dieser Audienz nicht Gelegenheit, irgend etwas zu erklären oder zu verteidigen. Die Audienz endete mit der Erklärung des Kaisers, daß er trotz alledem die Ernennung des Herrn von Jagow genehmigen wolle.

**Wie weit sich das Zentrum bereits mit den preussischen Konservativen identifiziert,** zeigt die Aeußerung der „Frankfurter Germania“: Es bleibe doch nun einmal dabei: Ohne und gegen die Konservativen ist auf die Dauer nicht zu regieren. — Will vielleicht das Zentrum demnächst einen Verfassungsjahr beantragen?

**Die Geschichte des Mittellandkanals** rizzirt der „Nordwest“ kurz wie folgt: In der Session 1899 bringt das Ministerium Hohenlohe die Kanalvorlage ein. Der Kaiser selbst verbiirgt sich dafür, daß der Kanal gebaut wird, er erklärt, daß er und seine Regierung den Mittellandkanal zu bauen und zur Durchführung zu bringen jetzt und unerschütterlich entschlossen sind, er spricht die Hoffnung aus, die Vollverwirklichung werde ihn noch im Jahre 1899 in die Lage versetzen, dem Lande den Segen des Kanals zu Nutzen und zu Theil werden zu lassen. Die Junker sind jetzt entschlossen, den Kanal nicht zu bauen, durch allerhand Verschleppungsmanöver ziehen sie die Session in die Länge, um schließlich der Regierung die Vorlage vor die Füße zu werfen. Darob großes Entsetzen unter den Ministern. Der alte Hohenlohe läßt sich aus seiner Ruhe aufheben, er erscheint persönlich im Abgeordnetenhause, er droht sogar den Junkern:

„Wenn der Mittellandkanal, wie es ja den Anschein hat, heute verworfen wird, so dürfte er sich bei der dritten Session im Abgeordnetenhause am 19. August 1899, so wird er doch nicht von der Tagesordnung verschoben, er wird verwirklicht werden und die Regierung wird dann dafür sorgen, daß er zur Annahme gelangt. Die Frage kann übrigens nicht stehen, ob er und ob für ihn bestritten werden, denn sie wird weitestgehende Folgen haben in Beziehung auf das bisherige Verhältnis der Konservativen zur Regierung und kann nur anheilsvoll auf das Zusammengehen der staatsbehaltenden Elemente des Landes wirken, namentlich auf das Zusammengehen auf dem Gebiet der Handelspolitik. Das mögen die Herren von der Rechten bedenken.“

Und wenige Tage später, bei Schluß der Session am 29. August 1899 prüft Hohenlohe von Neuem das Bedauern der Regierung über das Scheitern der Vorlage aus und betont, daß die Regierung im allgemeinen Interesse der Landeswohlwahrer an diesem großen Werke unerschütterlich festhalte

und sich der sicheren Erwartung hingebe, daß die Ueberzeugung von dessen Nothwendigkeit und Bedeutung im Volke immer mehr Boden fassen und daß es bereits in der nächsten Session gelingen werde, eine Verständigung darüber mit dem Landtage herbeizuführen.

Und nun greift die Regierung zu dem denkbar verfehltesten Mittel, sie macht Regell — angeblich auf Anrathen Miquels, dessen Rolle bei der Kanalkomödie kaum mehr zweifelhaft ist — die politischen Beamten, die gegen den Kanal gestimmt haben und sucht diesen offenbaren Verfassungsbruch noch zu beschönigen. Sie bezeichnet es als einen „unhaltbaren Zustand, daß die Regierung bestimmte Ziele verfolgt, während die pflichtgemäß zu ihrer Unterstützung berufenen politischen Beamten diese Ziele bekämpfen“. Die Rücksicht auf diese Beamten kann nicht so weit gehen, um die politische Autorität der Regierung Seiner Majestät des Königs zu gefährden.“

Wenn irgend etwas, so war die Beamtenmaßregelung geeignet, die Kanalrebellen nur noch trotziger zu machen und sie in ihrem Widerstande zu stärken. Und auch die nachträgliche Beförderung der vom Kaiser gestellten war nicht geeignet, das Ansehen der Regierung zu stärken.

In der nächsten Session wird die Vorlage in erweiterter Form in Thronrede angekündigt, aber sie bleibt aus. Die Kanalrebellen gewinnen Zeit, ihren neuen Schlachtplan auszudeckeln.

Hohenlohe geht. Sein Nachfolger, der geschmeidige Bülow, bringt die Vorlage mit allen den Kompensationen ein, die die Agrarier gefordert haben, er sucht das gute Einvernehmen zwischen Regierung und Konservativen wieder herzustellen, er redet den Junkern gut zu, verspricht ihnen einen gesicherten Zollschutz, er verleugnet seinen Vorgänger, der der Kanalvorlage eine politische Bedeutung beigelegt hat, indem er ausdrücklich die neue Vorlage als einen Entwurf bezeichnet, der nach Inhalt und Bedeutung wirtschaftlicher Natur ist. Aber auch ihm glückt es nicht, das Werk zu Stande zu bringen.

Die Junker unter Führung des Freiherrn v. Zedlitz lassen sich im Verein mit den Zentrumsleuten wohl gnädigst herbei, die Vorlage einer Kommissionsberatung zu würdigen, aber sie lassen von vornherein keinen Zweifel darüber aufkommen, daß es ihre Absicht ist, die Vorlage nicht eher ans Plenum zu bringen, als bis ihnen höhere Kornzölle garantiert sind. Wieder beginnt die Komödie in der Kommission; mit einer Geschicklichkeit, die einer besseren Sache würdig wäre, werden die Verhandlungen in die Länge gezogen. Zwar kommt es noch nicht zur Abstimmung, aber über das Resultat derselben kann kein Zweifel sein. Um der sicheren Niederlage zu entgehen, schießt die Regierung die Session, ohne das Schicksal des Entwurfs im Plenum abzuhängen.

**Drei Jahre Kanalkampf — drei Jahre Abtragung der Regierungsautorität durch die eigentliche Partei für Loyalität und Autorität!**

**Neue politische Nachrichten.** Lucasius, der Chef des kaiserlichen Zivilkabinetts, wird nun auch seinen Abschied nehmen, so berichtet wenigstens der Berliner Bülow Divisions in der „Münchener Allgem. Ztg.“ Als sein Nachfolger wird Herr v. Wilkomski bezeichnet, der Vorsteher der Reichskasse. Wenn jagor Lucasius geht, der seit der Thronbesteigung des Kaisers in seiner jetzigen Stellung sich befindet, und der so viele Minister auf ihre Schwärmen vorbereitet hat, was steht dann in der heutigen Zeit noch fest? — Minister Dreifeld soll, wie die „Köln. Ztg.“ mitteilt, ganz in der Stille den Ankauf umfassender Kohlengruben im Ruhrrevier für den preussischen Bergwerksverband vorbereitet und bis zum Abschluß gefördert haben. Ob es wohl wahr ist? — Dem Bundesrath ist noch ein Nachtragsetat zugegangen, in dem 152.205 Mk. gefordert werden für das neu zu errichtende kaiserliche Auffichtsamts für Privatversicherungen; ferner eine Novelle zum Gesetz über das Flaggerecht der Kauffahrteischiffe, sowie im Originaltext und in Uebersetzung 1. die von mehreren Staaten zu Paris am 20. März 1888 geschlossene Uebereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigenthums, 2. das dazu vereinbarte Protokoll über die Ausdehnung des internationalen Bureau des Verbandes zum Schutz des gewerblichen Eigenthums, 3. die Zusatzakte Drüßel, 14. Dechr. 1900 betr. die Abänderung des Pariser Uebereinkommens zur verfassungsmäßigen Beschließung wegen Beitritts des Reichs zu den genannten Vereinbarungen. Zu den Kosten des internationalen Bureau in Bern wird das Deutsche Reich einen jährlichen Beitrag von etwa 3000 Mk. zu leisten haben. — Eine Ministerkonferenz sämtlicher thüringischer Staaten findet voraussichtlich am 15. Mai in Weimar statt. Sie wird sich den „D. R. N.“ zufolge mit der Frage eines gemeinsamen Vorgehens zur Abweisung der durch das Wachsen der Reichsbeiträge im Staatsbudget der Bundesstaaten entstehenden Mißstände befassen. — Dem „Köln. Kur.“ wird von Hagenburg gemeldet: Die Kaiserliche Garde ist Freitag früh in die Luft geflogen. Drei Mann wurden getödtet. — In Deisterreich sind die Delegationen zum 20. Mai einberufen worden. Das Abgeordnetenhause nahm am Freitag das Margarin-Gesetz in zweiter und dritter Lesung an. — Ferdinand von Bulgarien hat eine Rede gehalten, worin er den Aufstand vor 1876 als den Ausfluß bulgarischer Entschlossenheit feierte, und den Wunsch nach einer Fortsetzung des Befreiungswerkes aus sprach. — Die persische Regierung verbietet die Reisausfuhr, da die Reiseführer infolge großer Dürre stark fehlen und die Reisepreise steigen. Das Befinden des Schahs läßt die beabsichtigte Reise in ein europäisches Bad nicht zu. — In Indien sind wieder Uraheue wegen der Verordnungen gegen die Pest ausgebrochen. In den Dörfern des Bezirkes Sialkot im Pendschab, in denen die Pest herrscht, ist die Bevölkerung sehr unruhig geworden. Zwanzig Dörfer letzten Vereinst dem beherrschenden Mahomedan plasmatischen Widerstand entgegen. In Bafferwal wurde ein eingeborener Offizier getödtet und ein anderer Angriff auf das Polizeipersonal unternommen. Es sind jetzt 200 Mann Rajahab-Jakaterie und 100 Mann Bengal Sakers nach der Gegend geschickt worden. — In Japan ist dem bisherigen Kabinet die Abnahme des Finanzministers nicht gegliickt zu sein. Im Gegentheil nennt „Reuter's Bureau“ an, daß allew der Finanzminister bleiben und alle seine Kollegen aus dem Amt scheiden werden.

**Frankreich.**  
**Der Streit der Bergarbeiter in Roncean-les-Mines** ist nach der „Frankf. Ztg.“ definitiv beendet. Die Minen-Gesellschaften machten das Zugeständniß, die jugendlichen und Tagelöhner aus fünfzehn Centimes anzubehalten, worauf das Streikomitee beschloß am Montag (also heute) die Arbeit wieder aufzunehmen.

Damit ist die Frage des Generalstreiks gegenstandslos geworden.

**Italien.**  
**Neue Marinevorlage.** Auch Italien hat jetzt seine Marinevorlage. Der Deputirtenkammer lag Freitag bei der Beratung des Marine-Etats ein Gesetzentwurf über Schiffsbauarbeiten von größerem Umfange vor. Der Marineminister Morin erklärte, die italienische Flotte sei wenn sie auch ihrer Größe nach nicht das gewesen sei, was sie hätte sein sollen, doch stets in der Lage gewesen, ihre Bestimmung gemäß die Integrität des Landes zu sichern (Beifall). Sein Programm gehe dahin, eine Flotte zu beschaffen, welche den wirtschaftlichen Kräften Italiens entsprechen. Er erklärte im Namen der Regierung, daß er den Antrag Sonnino annehme, welcher den Marine-Etat bis 1906 auf 121 Millionen Lire festsetze. — Das deutsche, schlechte Beispiel hat also in Italien ansetzender gewirkt, obwohl soziale Reformen im Innern Italiens viel notwendiger sind, als eine große Flotte.

**Transvaal.**  
**Vom südafrikanischen Kriegsschauplatz.** Wie aus London berichtet wird, machen die Rhodesstreife die größten wahrscheinlich aber erfolgreichen Anstrengungen den Friedensschluß in Südafrika durch Kompromisse herbeizuführen. Zum Zweck beschleunigter Wiedereröffnung der Minen befürwortete Rhodes weitgehende Konzessionen, wegen der stetig anwachsenden Verbitterung der Capländer und der aussichtslosen Gesamtlage, denn die Lage in Südafrika ist für die Engländer in Wirklichkeit viel ungünstiger, als die gefiechten amtlichen englischen Depeschen vermuthen lassen. Auch Präsident Krüger empfing, wie aus dem Haag gemeldet wird, Nachricht von Louis Botha, wonach die Lage der Buren viel günstiger ist, als die englischen Meldungen erkennen lassen. Die Flanken-Bewegung von French, die Botha's Kapitulation herbeizuführen bezweckte, sei vollständig fehlgeschlagen. Es ist Botha gelungen, nordwärts zu entkommen. Er soll über 9000 Mann verfügen.

Eine Abtheilung Diamantfeld-Reiter wurde von dem Buren-Kommandanten Malak in der Nähe von Cradock Freitag gefangen genommen. Die Mannschaften fochten tapfer und ergaben sich der burischen Uebermacht erst, als alle Pferde erschossen waren. Der kommandirende Offizier wurde verwundet.

Die holländischen Farmer in der Capkolonie sagen, die Buren-Kommandanten Fouché, Malak, Scheepers erwarten jetzt das Eintreffen Krüger's. Danach scheint also ein neuer Einfall der Buren in die Capkolonie bevorzustehen.

Das „Bureau Laffan“ meldet aus Kapstadt: Der Gerichtshof, der die Verärtherei bestraft, hat 370 holländische Kolonisten zu Dortrecht ihres Stimmrechtes beraubt auf Grund der Behauptung, daß sie „Rebellen“ seien. 262 von diesen seien bereits als stimmfähig eingetragen gewesen.

**China.**  
**Vom Chinawirtware.** Einen neuen Vorstoß Russlands gegen China meldet der „Standard“ aus Schanghai vom Donnerstag. Es verlautet, Rußland habe als Kompensation für die Weigerung der chinesischen Regierung, das Mandchurienabkommen zu unterzeichnen, von China Folgendes verlangt: 1. Grenzberichtigung zwischen Kurland und dem russischen Gebiet; 2. Abtretung eines Gebietsstreifens im westlichen Tibet; 3. eine Konzession für die Ausbeutung der Goldminen südlich des Amur.

Für die Aufbringung der Kriegsschadigung in Höhe von 1800 Millionen Mark durch China eröffnet der Bericht des Ausschusses der Gesandten schlechte Aussichten. Aus den vom Gesandtschaftsausschuß vorgelegenen vier Einnahmequellen wird auf eine jährliche Einnahme von 5 1/2 bis 15 Millionen Taels gerechnet. Schon diese Schätzung ergibt, auf wie unsicherer Grundlage die Rechnung der Gesandten beruht. Nimmt man bei dieser Veranschlagung als Durchschnitt der jährlichen Einnahmen zehn Millionen Taels oder 30 Millionen Mark an, so genügt diese Summe nicht einmal zur Verzinsung der Kriegsschadigung von 1800 Millionen Mark, geschweige denn zu ihrer Tilgung. Ein Befugter Telegramm der „Times“ vom 2. Mai berichtet: Der russische Gesandte v. Giers richtete an die Gesandtenkommission für die chinesische Finanzfrage ein Schreiben, worin er eine gemeinsame Garantieleistung der Mächte beschwor, um China in den Stand zu setzen, unter den günstigsten Bedingungen eine Anleihe behufs Zahlung der Entschädigungen aufzunehmen. Giers legt zahlensmäßig dar, wie für den Zinsendienst einer solchen Anleihe gesorgt werden könnte.

Die letzte deutsche Expedition nach Schanji wird in der „Frankf. Ztg.“ von einem alten preussischen Offizier aus militärischen Gesichtspunkten sehr scharf kritisiert. Vom politischen Standpunkt aus verurtheilt die Presse des Auslandes scharf diesen Zug, wie überhaupt die ganze Haltung der deutschen Regierung. So schreibt die „Nowoje Wremja“, die Schuld am Kriege sei ausschließlich dem Baron v. Ketteler zuzurechnen, der durch sein unangebrachtes Verhalten das Wasser zum Ueberlaufen gebracht und hierdurch bei den Chinesen den Glauben an die Unantastbarkeit der Gesandten zerstört habe. Die letzten schwer erkämpften „Pyrrhus-Siege“ der Deutschen hätten nun auch dem Glauben an die Ueberwindlichkeit der europäischen Heere ein Ende gemacht. Die höchst überflüssigen Expeditionen der deutschen Truppen seien nur von dem Wunsche eingegeben, um jeden Preis zweifelhafte Korbeeren zu pflücken, und andere Staaten und Völker würden durch das Vorgehen der Deutschen nur unnütz in Mitleidenschaft gezogen werden.

Der „Newport Herald“ meldet aus Peking, daß die von General Frey gefandte Kriegsbeute, die auf Befehl der französischen Regierung nach China zurückbesördert wurde, in Peking eingetroffen sei und daß alle Gegenstände wieder dorthin gebracht worden seien, wo sie vor dem Aufgeheiß waren.

In Korea hat die Regierung M. Leavy Brown angefordert, sein Haus zu verlassen und seinen Posten als Generaladjutant niederzulegen. Zweifellos steht hinter der koreanischen Regierung Rußland als treibender Keil, weil ihm der englische Einfluß auf Korea nicht genehm ist.

**Zur Lübecker Bahnhoffrage.**

Endlich gewinnen die verschiedenen Projekte, die im Laufe der Jahre über den Umbau des hiesigen Bahnhofs aufgetaucht sind, greifbare Gestalt. Die Lübeck-Büchener Eisenbahn-Gesellschaft beruft zum 20. Mai eine Generalversammlung, in welcher im Besonderen über die Umgestaltung der hiesigen Bahnhofsverhältnisse, über die Bahnhofsarbeiten-Schwärman und über die Erbauung einer Nebenbahn von Lübeck nach Schlutup beraten werden



fol. Wir entnehmen dem umfangreichen Bericht folgende thätigkeits Angaben:

Der am 16. Oktober 1851 dem Betriebe übergebene Bahnhof Lübeck bildete ursprünglich nur die Anfangstation der Eisenbahnlinie von Lübeck nach Bliesten. Von 1865 bis 1882 nahm er noch die Bahnen von Hamburg, Mecklenburg, Eutin und Travemünde auf. Mit der Vermehrung der Züge machten sich unangenehme Störungen des Verkehrs auf der die südliche Bahnhofseinfahrt kreuzenden Holstenstraße geltend, die die einzige Straßenverbindung der Innenstadt mit der bevölkersten Vorstadt St. Lorenz und dem westlichen und nordwestlichen Landgebiete bildet. Es ergab sich die Notwendigkeit, eine völlige Umgestaltung der Bahnhofsanlagen auf einem erheblich größeren Gelände ins Auge zu fassen.

Der Vorschlag bzw. Antrag der Direktion geht nun dahin, den Bahnhof in die Vorstadt St. Lorenz zu verlegen. Zu der Vorstadt St. Lorenz war die Lage des neuen Bahnhofs von vornherein theils durch die vorgerückte Bebauung der Vorstadt theils dadurch gewiesen, daß der Lübeckische Staat sein an der Fackenburg Allee belegenes Grundstück des Schützenhofes und das dahinter liegende Kethkeichgrundstück mit einer Gesamtlänge von 1000 Metern und einer durchschnittlichen nutzbaren Breite von etwa 80 Metern für die Bahnhofsanlagen zur freien Verfügung stellte. Diese Grundstücke sollen, nach Ergänzung ihrer Breite durch Ankauf benachbarter Privatgrundstücke, zur Anlage des Personen- und Güterbahnhofes benutzt werden.

Ueber die einzelnen Theile des geplanten neuen Bahnhofs sei erwähnt, daß im Personenbahnhofe die Zufahrt und die Dienst- und Warteräume ihre Lage in der Höhe der Zufahrtstraße erhalten, die Gleise und Bahnsteige aber, ähnlich wie bei dem projektierten neuen Centralbahnhof in Hamburg, tiefliegend angelegt werden. Die Bahnsteige werden von einem quer über den Gleisen anzulegenden breiten Stege mittelst hinabführender Treppen zugänglich gemacht. Für die ankommenden und abfahrenden Personen- und Schnellzüge sind acht Bahnsteiggleise vorgesehen, um auf allen in Lübeck mündenden Bahnen zu gleicher Zeit einen Zug ankommen und abfahren lassen zu können, was für die Fahrplanbildung und im Interesse der von einem Bahnzweige auf den andern übergehenden Reisenden von hohem Werthe ist. Bei eintretendem Bedürfnisse können zwei weitere Bahnsteiggleise gewonnen werden. Die Breite des Personenbahnhofes ist auf Verlangen des Staates so bemessen, daß später noch eine neue Bahn von Segeberg oder sonst aus nördlicher Richtung aufgenommen werden kann, zu deren Einführung der nötige Raum für noch zwei Bahnsteiggleise vorgesehen ist.

Die Gesamtkosten sind auf 9,600,000 Mk. veranschlagt. Der Lübeckische Staat ist daran theilhaft mit 2/3, jedoch höchstens mit 3,400,000 Mk. Die Kanalbaubehörde zu Lübeck hat auf Grund eines früheren Vertrags einen Kostenzuschuß von 200,000 Mark zu leisten. Für den Neubau des Verwaltungsgebäudes gewährt der Lübeckische Staat außerdem an die Lübeck-Büchener Eisenbahn-Gesellschaft den Betrag von 180,000 Mk.

Für den Fall der Erbauung einer Bahn von Lübeck nach Segeberg hat sich diese Bahn an den Zinsen des Anlagekapitals und an den Unterhaltungs- und Betriebskosten des Bahnhofes nach Vereinbarung oder schiedsrichterlicher Entscheidung angemessen zu beteiligen. Jedoch werden ihr dabei die Zinsen von 420,000 Mk. gutgerechnet, indem angenommen ist, daß ein diesem Betrage gleichkommender Theil des Staatszuschusses zur Deckung der Kosten derjenigen Arbeiten hergegeben wird, welche projektmäßig zur Vorbereitung der Einführung jener Bahn innerhalb der Grenzen der gemeinshaftlichen Bahnhofsanlagen sogleich auszuführen sind.

Während die Kosten der Verlegung der Eutin- und Travemünder Bahn und der ebenfalls geplante zweigleisige Ausbau derselben von den Vorwerker Wiesen bis zu dem neuen Bahnhof in der obigen Kostensumme mitenthalten sind, ist der zweigleisige Ausbau von der Vorwerker Wiesen bis zu der Abzweigung der Travemünder Bahn vor Schwartau von der Lübeck-Büchener Eisenbahn-Gesellschaft für ihre alleinige Rechnung zu bewirken. Die Kosten sind auf 72,000 Mk. veranschlagt. Die vorerwähnte Bahnstrecke wird im weitestgehenden Betriebe von beiden Verwaltungen gemeinschaftlich zu gleichen Rechten benutzt. Die Unterhaltung und Bedienung der Strecke liegt der Eutin-Lübecker Verwaltung ob.

Der Antrag der Eisenbahndirektion an die Versammlung der Aktionäre geht schließlich dahin, bei dem Lübeckischen Staate ein mit höchstens viereinhalf Prozent zu verzinsendes Darlehen bis zu 4,000,000 Mark zur vorläufigen Bestreitung der Baukosten aufzunehmen und zu geeigneter Zeit unter Kündigung der bestehenden Anleihe von 12,000,000 Mark behufs Rückzahlung derselben, sowie des von dem Hamburgischen Staate gewährten und des von dem Lübeckischen Staate eventuell zu gewährenden Darlehens und behufs Deckung der auf die Gesellschaft entfallenden Kosten der Umgestaltung der Eisenbahnanlagen in Hamburg und Lübeck und der übrigen vorerwähnten und anderer Bauausführungen, sowie zur Beschaffung von Betriebsmitteln eine neue von dem Lübeckischen Staate zu garantierende Vorrechtsanleihe von 19,650,000 Mark auszugeben. — Das ist in kurzen Umrissen der Vorschlag der Direktion der Eisenbahn. Die weitere Entscheidung liegt nun in den Händen der Aktionäre. Sind sie gut beraten, so stimmen sie ohne lange Widerrede zu. Wer sich jedoch der letzten Generalversammlung noch erinnert, sowie der Neben, die damals aus dem Munde einiger besonders dividendehungriger Aktionäre kamen, weiß im Voraus, daß die Zustimmung nicht so leicht erfolgen wird. Offenlich liegt jedoch schließlich die bessere Einsicht, damit endlich die Bahnhofsmiläre in Lübeck verschwindet, die so sehr die Interessen der Bahn wie ganz besonders die der Bevölkerung Lübecks schädigt. Falls etwa die Aktionäre noch mehr vom Lübeckischen Staate herausgeschlagen wollten, so würde sicherlich die Bevölkerung von ganz Lübeck einmüthig dagegen protestiren. Die Opfer, welches das immerhin doch kleine Gemeinwesen Lübeck der Bahn bringt, ist überreichlich groß, und es freut uns aufrichtig, daß dieselbst von Seiten der Direktion in ihrem Bericht offen anerkannt wird.

**Weg...che Betrachtungen über die Maifeier.**

Die „Eisenb.-Ztg.“ schreibt in ihrem Rückblick auf die verfloffene Woche u. A. folgendes: „Der 1. Mai ist hien und drüben jenseits verlaufen, — höchstens daß einige Weltbürger die Verherrlichung ihres freien Menschenthums mit einigen Krug- und Stich-Wunden oder den üblichen Nachwehen alkoholischer Schwärmelucht quitzert haben.“ In diesen wenigen Zeilen offenbart sich so recht der verhaltene Groll der bürgerlichen Prekiosaden über den allortwärts imponanten Verlauf des Maifestes der Arbeit. Es hieße den Herren zu viel Ehre anthun, wenn wir uns in eine ernsthafte Polemik mit ihnen einlassen würden. Wir gehen darüber mit einem mitleidigen Lächeln zur Tagesordnung über.

Der sozialdemokratische Verein hält heute Abend seine Monatsversammlung ab. Auf der Tagesordnung steht neben einem Vortrag des Genossen Friedrich über „Das preussische Königthum und die Kon-servativen“ die Abrechnung von der Märzfeier. Die Bibliothek ist nur von 8—9 Uhr geöffnet. Die Mitglieder werden um zahlreiches Erscheinen ersucht.

Die öffentliche Schlachter-Versammlung, welche Sonntag Abend in Schneider's Gesellschaftshaus tagte, erfreute sich eines guten Besuchs. Die Anwesenden folgten mit sichtlichem Interesse den Ausführungen des Referenten, Altgeselle H. Möller aus Hamburg, dieselben oftmals durch Zustimmung- und Beifallsbezeugungen unterbrechend. Redner schilderte in knappen Worten die Uebelstände im Schlachtgewerbe, welche die Gründung des Verbandes nöthig machten: Lange und unregelmäßige Arbeitszeit (theilweise 17—18 Stunden), knapper Lohn, die Kost unzureichend, das Logis theilweise gesundheitsschädlich, das Fein im Allgemeinen die Schäden, welche der Verband zu beseitigen haben werde. Auch soll Hand in Hand mit den Meistern die Stellenvermittlung geregelt werden. Selbstverständlich gebe es auch gute Stellen, wo den Gesellen in jeder Richtung ihr Recht wird, aber im Allgemeinen sei eine Besserung nöthig und bei einigem guten Willen der Meisterschaft auch möglich. Der Zentral-Verband will nun diesen guten Willen der Meister etwas auf die Beine helfen. Einer Aufforderung des Referenten in den Zentral-Verband einzutreten, entsprachen eine größere Anzahl der Anwesenden. Am nächsten Sonntag, Nachmittags 4 Uhr, soll abermals eine Versammlung im gleichen Lokale stattfinden, in der die örtliche Verwaltung, Versammlungslokal usw. gewählt werden sollen. Möller-Hamburg wird wieder anwesend sein. — Wir begrüßen die Bestrebungen der hiesigen Schlachtergesellen mit Freuden und hoffen sie demnächst als Glied in der großen Kette der Arbeiterbewegung thätig zu sehen.

**Gegen den Brodwucher.** In einer Protestversammlung des Vereins der Frucht- und Gemüsehändler Hamburgs wurde beschlossen, eine Kundgebung der Versammelten gegen die Erhöhung der Getreide-, sowie Frucht- und Gemühezölle in der Tagespresse zu veröffentlichen.

**Nichtet nicht, auf daß ihr nicht gerichtet werdet!** An dieses Bibelwort werden wir anlässlich eines Falles erinnert, der sich vor Kurzem in Herrenburg ereignete. Ein in Lübeck wohnender Arbeiter wollte die kirchliche Trauung von dem dortigen Pastor J. vollziehen lassen. Derselbe weigerte sich jedoch, diesen Akt vorzunehmen, weil sich die Braut in anderen Umständen befand; ihre Niederkunft war erst in einigen Monaten zu erwarten. Derselbe Pastor traute jedoch unweigerlich ein anderes Ehepaar, bei dem der Mann allerdings nicht Arbeiter, sondern ein angesehenener Lübecker Bürger ist, trotzdem die Frau schon ein paar Tage nach der Trauung niederkam. Die Trauung des Arbeiters ist darauf anstandslos von dem Pastor Evers zu St. Jacobi vorgenommen worden. — Man ersieht hieraus, daß der Schönheitsfleck Rechtsgrundsatz: Wenn zwei dasselbe thun, so ist es nicht dasselbe, sich auch bei dem Pastor J. in Herrenburg Bahn gebrochen hat.

Die Wählerlisten für die im Juni ds. Js. stattfindenden Ergänzungswahlen zur Bürger-schaft sind vom 1. bis 8. Mai ds. Js. einschließlich zu Jedermanns Einsicht ausgelegt, und zwar: 1. für den ersten bis vierten Wahlbezirk im Bureau des Stadt- und Land-amtes zu Lübeck (Statistisches Amt, Königstraße Nr. 58, II. Obergeschoss) werktäglich Vormittags von 9—1 Uhr und Nachmittags von 4—5 Uhr; 2. für den sechsten Wahlbezirk im Gemeindebureau zu Travemünde werktäglich Vormittags von 10—1 Uhr und Nachmittags von

3—5 Uhr; 3. für den siebenten Wahlbezirk bei dem Vorsitzenden des Gemeindevorstandes zu Schlutup, Herrn J. J. B. B. a. d. e.; 4. für den achten Wahlbezirk bei dem Vorsitzenden des Gemeindevorstandes zu Moisling, Herrn H. F. F. e. g. t. m. e. h. e. r.; 5. für den zehnten Wahlbezirk bei dem Vorsitzenden des Gemeindevorstandes zu Ruffe, Herrn J. F. A. P. ü. s. t. Einsprachen gegen die Listen sind spätestens am Tage nach Schluß der Auslegung mittelst schriftlicher, stempelfreier Eingabe bei dem Vorsitzenden des Bürgerausschusses, Herrn Dr. U. B. r. e. h. m. e. r., Lübeck, Mengstraße Nr. 6, anzubringen. In den einzelnen Wahlbezirken ist die nachstehende Zahl von Vertretern zu wählen, und zwar: 1. am 1. Juni im achten Bezirk (Holstenthor-Landbezirk) zwei Vertreter; 2. am 4. Juni im siebenten Bezirk (Burgthor-Landbezirk) ein Vertreter; 3. am 6. Juni im neunten Bezirk (Mühlenthor-Landbezirk) drei Vertreter; 4. am 8. Juni im zehnten Bezirk (Rigerauer Landbezirk) ein Vertreter; 5. am 11. Juni im sechsten Bezirk (Travemünder Landbezirk) ein Vertreter; 6. am 17. Juni im ersten Bezirk (Jakobi-Quartier und Vorstadt St. Gertrud) zehn Vertreter; 7. am 20. Juni im zweiten Bezirk (Marien-Magdalenen-Quartier und nordöstlicher Theil der Vorstadt St. Lorenz) elf Vertreter; 8. am 24. Juni im vierten Bezirk (Johannis-Quartier und Vorstadt St. Jürgen) sechs Vertreter; 9. am 27. Juni im dritten Bezirk (Marien-Quartier und südwestlicher Theil der Vorstadt St. Lorenz) zehn Vertreter.

**Arbeiter-Risiko.** Bei der Firma Gossmann u. Jürgens hobelte sich der Hobelmeister Nielson die linke Hand total ab. Das sind die natürlichen Folgen des fluchwürdigen Akkordsystems.

**Schwurgericht.** Die Verhandlungsliste der am Montag, den 20. d. M., beginnenden ersten diesjährigen Schwurgerichtsperiode weist folgende Sachen auf: Montag: gegen die Knechte 1. Wilhelm Friedrich Joachim Clasen aus Kes-dorf, 2. Friedrich Wilhelm Kundt aus Pronno-Kolonie, wegen Körperverletzung mit tödtlichem Erfolge, und 3. Fritz Heinrich Bren aus Barkau, wegen Körperverletzung; Dienstag: gegen den Schneider Emil August Schweitz aus Lübeck, wegen Meineides; Mittwoch: 1. gegen die Ehefrau Elise Catharine Wilhelmine Grabbert geb. Ahrens aus Kenjefeld, wegen Anstiftung zur Brandstiftung, und 2. den Knecht Carl Albert Grohmann aus Hamburg wegen Brandstiftung. — Desgleichen wird voraussichtlich auch die Muffler Todtschlags-affäre, über welche wir f. Zt. ausführlich berichteten, zur Verhandlung gelangen.

**Das diesjährige Volks- und Erinnerungsfest** findet am 14. und 15. Juli d. J. statt.

**Zwei Dümmler** von ansehnlicher Größe treiben schon seit einigen Tagen in der Nähe der Herrenfähre ihr looses Spiel. Am gestrigen Tage wurden sie von Ausflüglern mehrfach beobachtet.

**Beim Ansegeln des Segelklubs „Lubeca“**, das Sonntag Nachmittag bei der Herrenfähre stattfand, stürzte, wie uns mitgetheilt wird, ein Segelboot um, sodaß die vier Insassen desselben in das nasse Element fielen. Alle vier wurden jedoch glücklich gerettet.

**Öffentliche Impfung.** Das Medizinal-Kollegium erläßt eine Bekanntmachung, nach welcher die öffentlichen Erstimpfungen am Mittwoch, den 8. und 22. Mai, 5. und 19. Juni und 3. Juli, die Wiederimpfungen am Sonnabend, den 11. und 25. Mai, 8. und 22. Juni und 6. Juli um 2 1/2 Uhr pünktlich beschafft werden und zwar für den Impfbezirk I (umfassend die beiden städtischen Quartiere Johannis und Marien, die Vorstadt St. Jürgen und die Dörfschaften Brandenbaum und Hofswarte) in der Turnhalle der Dom-Volksschule, Domkirchhof 6; für den Impfbezirk II (umfassend die beiden städtischen Quartiere Marien-Magdalenen und Jacobi und die Vorstadt St. Gertrud) in der Turnhalle der Burg-Volksschule, hinter der Burg 6; für den Impfbezirk III (umfassend die Vorstadt St. Lorenz) in der Turnhalle der I. St. Lorenz-Volksschule, Kirchenstraße 5. Für die ländlichen Impfbezirke wird Zeit und Lokal in den einzelnen Dörfschaften jedesmal vorher in ortsbüchlicher Weise bekannt gegeben werden.

**Kleine amtliche Nachrichten.** Das Polizeiamt giebt bekannt, daß bis auf Weiteres an den Werktagen von Morgens 6 Uhr bis Abends 8 Uhr ein Fahrbetrieb zwischen der unteren Ecke des Konigsplatzes und dem im Umschlaghafen liegenden Schiffen stattfindet. Fahrpreis 10 Pfg. — Die Handelskammer erläßt eine Bekanntmachung, nach welcher am 8. Mai der auf dem Hundewall am Kanalhafen belegene Waarenkuppen der Kaufmannschaft dem öffentlichen Verkehr übergeben wird. Für die Benutzung desselben kommt die f. Zt. für den Kanalhafen erlassene Ordnung für das Güterschreibewesen nebst Tage in Anwendung.

**Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete.** Ein partieller Streik von Kohlenarbeitern ist in Rostock ausgebrochen. Die Streikenden fordern für erhöhte Arbeitsleistung auch erhöhten Lohn. Dieses berechnigte Verlangen ist von den Arbeitgebern abgelehnt worden, weshalb die Arbeiter einmüthig die Arbeit niederlegten. — Vom Ausstand im Wismarer Baugewerbe wird gemeldet, daß das Unternehmertum nunmehr als Ersatz für die Streikenden Italiener heranzieht, die sich natürlich des größten Schutzes der „lieben“ Polizei erfreuen. — Wegen Lohnforderungen haben in Neustrelitz die auf den Bauten beschäftigten Hülfsarbeiter die Arbeit niedergelegt. Zugang ist fernzuhalten. — Wegen Theilnahme an der Maifeier sind in Harburg bei einer dortigen Firma 7 Kupfer-schmiede auf 10 Tage ausgesperrt, und zwar auf Befehl des Hamburger Arbeitgeberverbandes. Die noch in Arbeit stehenden beiden Kollegen legten deshalb ebenfalls die Arbeit nieder. Es wird um Fernhaltung des Zuguges gebeten. — Die Hungerpeitsche soll über die streikenden Arbeiterinnen der Harburger Gummi-fabrik geschwungen werden. Die Fabrik hat nämlich schwarze Listen in Umlauf gesetzt. Ist das keine „Verrufserklärung“? — Die Maler-gesellen des Bremerens sind wegen Lohnforderungen in einen Generalstreik eingetreten. Zugang ist fernzuhalten. — In den Köpfen der russisch-polnischen Arbeiter beginnt's zu tagen, wie folgende Notiz aus Oldenburg zeigt: Kürzlich kam hier ein Trupp russisch-polnischer Arbeiter durch, die von dem Siegelbesitzer Reuß in Scharrel engagiert worden waren. Man hatte ihnen einen Wochenlohn von 26 Mk. versprochen. Als der Lohn aber gezahlt werden sollte, erhielten sie einen weit geringeren Lohn anbezahlt. Da stellten sie die Arbeit ein, schnürten ihr Bündel und verließen den wortbrüchigen Unternehmer. Bravo!

**Kleine Chronik der Nachbargebiete.** Aus Flensburg wird berichtet: Der am 8. Dezbr. v. Js. vom hie-



Agon Schwurgericht wegen Mordes eines 12-jährigen Mädchens in der Nähe von Norburg zum Tode verurteilte Arbeiter Deppe aus Harburg hatte durch seinen Rechtsanwalt das Wiederaufnahmeverfahren beantragt. Dieser Antrag ist aber sowohl vom Landgericht als vom Oberlandesgericht abgelehnt worden. Falls der König von seinem Begnadigungsrecht keinen Gebrauch machen will, wird die Hinrichtung Deppes demnächst erfolgen. — Mit welchen Aufgaben sich manche Arbeiterausschüsse befassen, zeigt eine Bekanntmachung des Ausschusses der kaiserlichen Werft in Kiel. Dieselbe beginnt mit folgenden Worten: „Werftarbeiter! Wie ihr wißt, begrüßt man Seine Majestät den Kaiser auf offener Straße durch Hurrah-Rufen“, und setzt dann auseinander, wie notwendiges es sei, den Kaiser auch auf der Werft angemessen zu begrüßen. Wir gehen wohl nicht fehl in der Annahme, daß diese Bekanntmachung auf Veranlassung der Werftdirektion erlassen worden ist, die sich wohlweislich hütete, einen direkten „Befehl“ zu ertheilen und nun durch den Arbeiterausschuß ihrem geprehten Herzen Luft macht. Weiterer Kommentar ist überflüssig. — Auf der Landstraße nach Eriditz wurde eine Frau von einem Strolch überfallen, ihres Portemonnaies beraubt und zu vergeblichen Versuchen. Der verzweifeltsten Gegenwehr der Frau ist es zu verdanken, daß es hier nur bei einem Versuch geblieben ist. Wie verlautet, ist der Thäter in Parchim verhaftet.

**Hamburg. Staatliche „Arbeiterfürsorge.“**  
Von Seiten der Sachkommission der Kellnervereine war an den Senat das Ersuchen gerichtet, im Verordnungswege eine Verfügung zu erlassen, nach welcher die Inhaber von hütischen Wirtschaftsstellen oder solchen Wirtschaftsräumen, die vom Staat vermietet werden, verpflichtet sein sollten, ihr Gastwirthspersonal nicht mehr von den gewerbemäßigen Stellenvermittlern, sondern von den kostenfreien Nachweiskontoren der Kellnervereine zu beziehen. Dieses durchaus berechtigte Ersuchen, dessen Erfüllung ein weiterer Schritt zur Beseitigung jener die arbeitslosen Gastwirthsgehilfen bis aufs Blut auslaugenden Stellenvermittler gewesen wäre, ist jedoch von einem „wohlweisen“ Senat abschlägig beschieden worden. — Wegen Beteiligung

„Wahlen“ zum Senat. Dieser Antrag wurde von der Bürgerchaft abgelehnt, an dessen Stelle aber der

Beschluß gefaßt, dem Senat die Einsetzung einer Kommission zur Prüfung eines das Wahlrecht zur Bürgerchaft und das Gesetz über den Senat betreffenden Antrages zu empfehlen. Zweimal faßte die Bürgerchaft diesen Beschluß und zweimal lehnte der Senat ihn ab. In der letzten Sitzung entspann sich nun eine lebhafte Debatte über diese Ablehnung; dieselbe führte zu einer heißen Redeschlacht zwischen unserm Genossen Ebert und einigen Vertretern der sogenannten „Linken“. Letztere schwenkten, wie nicht anders von diesen „freisinnigen“ und „liberalen“ Helden zu erwarten war, abermals den rothen Lappen, die Gefahr einer sozialdemokratischen Mehrheit in Bürgerchaft und Senat in den grellsten Farben schildern. Zum dritten Male wurde der oben mitgetheilte Beschluß gefaßt, um aller Wahrscheinlichkeit abermals vom Senat abgelehnt zu werden. Nach Ansicht des Bremer und auch einiger anderer Senate hat das arbeitende Volk nur Steuern zu bezahlen und Kanonensfutter zu liefern, im Uebrigen aber den Mund zu halten.

**Gerichtliche Zwangsversteigerungen:**  
im Gerichtshause, Zimmer 20,  
Dienstags und Freitags, Mittags 12 Uhr.

Grundstück	Eigentümer	Termin
Warendorffstraße 10	Böhlen	10. Mai
Schlutup Art. 386	Geertz	14. Mai
Norkstraße 21 a	Hing	17. Mai
Norkstraße 23	Hing	17. Mai
Schwartauer Allee 16 a	Sals	14. Juni
Breitestraße 51	Brinn	9. Juli

**Sternschauz-Viehmarkt**  
Hamburg, 4. Mai.  
Der Schweinehandel vertiefte sich nicht mehr so scharf wie gestern. Ingefahr wurden 1520 Stck., davon vom Norden —, vom Süden — Stck. Preise: Sengschweine — Mk. Bersandtschweine, schwere 52—54 Mk., leichte 53—54 Mk., Sauen 42—48 Mk. und Ferkel 50—53 Mk. pr 100 Pfd.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaction dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Die glückliche Geburt eines prächtigen Jungen zeigen hoch erfreut an  
**Max Missbach und Frau,**  
Elisabeth, geb. Steuder.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zu unserer Hochzeit sagen ihren herzlichsten Dank  
**F. Marks und Frau,**  
geb. Wittroth

Für die tauige Theilnahme bei der Beerdigung unseres Sohnes, Bruders und Schwagers, des  
**Nieters Heinrich Voss**  
insbesondere dem Arbeiter-Landverein, dem Fabrikarbeiterverband, sowie den Nieters der Kochischen Werk sagen hiermit den herzlichsten Dank  
die Hinterbliebenen.

Sage hiermit den Kohlenarbeitern für die Unterstützung meinen herzlichsten Dank.  
**F. Krakow.**

Ein freundliches Logis zu vermieten  
Subwigstraße 15  
Sofort freundliches Logis für mehrere junge Leute  
Vindoblatz 14.

Seincht zu sofort  
**ein Lehrling.**  
**Laakmann,** Kienpner u. Rechaniter,  
Lindenstraße 28 a.

**Unverh. Verkäuferin**  
welche fähig ist, im Hausstand mit anzuhelfen, findet dauernde Beschäftigung in der  
**Hansa-Meierei**  
Finkenburger Allee 59 a.  
**Fahrburschen**  
im Alter von 14—16 Jahren finden dort ebenfalls Anstellung bei hohem Lohn.

**Malerlehrling**  
sucht zu sofort  
**H. Müssig,** Malermeister, Kartzenstraße 16.  
Zu verkaufen ein ansehnliches polirtes Verstellbar  
Katholische 5.

**J. Möllendorf,**  
gegründet 1865,  
Holstenstr. 9, Holstenstr. 9.  
empfehlen unter absoluter Garantie für nur durchaus reelle, gediegene und fernste Waare:  
**Arbeiter-Stiefel,**  
**Arbeiter-Schuhe,**  
**Mädchen-Schuhe,**  
**Leber- und Blausch-Baststiefel,**  
zu den billigsten Preisen.

**Miethe-Quittungs-Formulare**  
Die Druckerei des Ldb. Volksboten

Im Verlag „Aufklärung“, Berlin (Verlag der Socialistischen Monatshefte) ist soeben erschienen:

# Die Helden der Menschheit.

Dasselbe ist seiner volksthümlichen Verständlichkeit wegen jedem Bildungsbesitzenen sehr zu empfehlen.  
Jeder Lebensbeschreibung ist das Bild des Betreffenden beigegeben.  
Das Werk erscheint in ca. 50 Lieferungen à 20 Pfg. und ist zu beziehen durch die

**Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.**  
sowie deren Colporteurs.

Durch die Expedition des Lübecker Volksboten ist zu beziehen:

## Ferdinand Lassalle's

### » Reden und Schriften.

Neue Gesamt-Ausgabe.  
Herausgegeben  
im Auftrage des Vorstandes der Socialdemokratischen Partei Deutschlands  
von **Ed. Bernstein.**  
Vollständig in 3 Bänden. Zu beziehen in 50 Lieferungen à Mk. —,20.  
Bandausgabe:

Band I: geheftet Mk. 2,50, in Leinen gebunden Mk. 3,—	in Halbfranz gebd. (Lebhabereinband) „ 4,—
Band II: geheftet Mk. 4,—, in Leinen gebunden „ 4,50	in Halbfranz gebd. (Lebhabereinband) „ 5,50
Band III: geheftet Mk. 3,50, in Leinen gebunden „ 4,—	in Halbfranz gebd. (Lebhabereinband) „ 5,—

Zur Beurtheilung der geschichtlichen Entwicklung und des Wesens der deutschen Socialdemokratie ist diese Gesamtausgabe unerlässlich. Der erste Band ist mit einem Stahlstichportrait Lassalle's geschmückt.

**DROCKHAUS' D LEXIKON**  
NEUE REVIDIRTE  
DREIJAHRIGS-AUSGABE  
ERSTER BAND  
ERSCHEINT  
SOEBEN. M 12.

Zu sofort ein schön möbl. Zimmer zu vermieten an einen unabhängigen jungen Herrn  
Stroßstraße 9, 3. Etz

Uhren reinigen . 1,50,  
Erdern einsehen . 1,50,  
1 Jahr Garantie.  
Uhrgläser 1. Qual. 0,30.  
**Aug. Büttner,**  
Uhrmacher,  
Süßstraße 32.

Auf Abzahlung  
Ganze Möbelausstattungen  
auch einzelne Mobilien  
**H. Prüssmann & Sohn**  
Lübeck, Markesgrube 23.

Prima Magnum bonum  
Feinste franz. Eierkartoffeln  
Beste Rosenkartoffeln  
empfehlen billigt  
**Spethmann & Fischer**  
Beckergrube No. 59.

**Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands**  
(Zahlstelle Lübeck).

**Verammlung**  
am Dienstag den 7. Mai  
Abends 8 1/2 Uhr  
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52  
Tages-Ordnung:  
1. Aufnahme neuer Mitglieder.  
2. Kartellbericht.  
3. Abrechnung vom 1. Quartal 1901.  
4. Bericht des Vorstandes über den Auszug.  
5. Fragekasten und Verschiedenes.  
**Die Ortsverwaltung.**

**Gesang-Verein**  
„Einigkeit“  
(St. Gertrud.)

Bei der am 5. Mai stattgefundenen Tombolaziehung wurden folgende Losnummern mit Gewinnen gezogen:

15	73	75	93	97	99	147	159
289	286	313	314	380	430	439	489
554	559	564	618	654	664	698	710
750	754	768	780	786	817	879	902
911	975	1026	1036	1061	1099	1126	1145
1170	1194	1207	1281	1332	1372	1382	1421
1452	1517	1587	1604	1614	1673	1734	1743
1745	1751	1772	1793	1825	1876	1878	1892
1982	1989	2003	2069	2144	2168	2248	2299
2370	2372	2383	2412	2451	2505	2592	2616
2662	2678	2770	2785	2797	2842	2892	2913
2935	2956						

Die Gewinne sind am 6. und 7. Mai, Abends von 7 bis 9 Uhr, auf „Neu-Lauerhof“ im Empfang zu nehmen, später Annimstraße 36 a Gewinne, welche bis zum 20. Mai nicht abgeholt sind, verfallen der Vereinskasse.  
**Der Vorstand.**

**Socialdemokratischer Verein.**  
**Nur 2 Abende.**  
Mittwoch den 8.  
und Donnerstag den 9. Mai d. J.  
im großen Saale des Vereinshauses:  
**Grosses humoristisches CONCERT**  
bestehend in  
ersten und heiteren Gesangsvorträgen,  
Complets u. s. w.  
ausgeführt von den Herren  
**Boleslaus Strzelewicz-Berlin,**  
**David Waschinsky,**  
**Wilhelm Vogel,**  
**Hugo Krüger.**  
Jeden Abend vollständig neues Progr.  
Eintrittskarten sind im Voraus zu haben bei: E. Bittfuß, Hüftr. 18; B. Menschel, Untertrave 53; F. Becke, Ledersfr. 3; Hugo Boyje, Böttcherstr. 18, und im „Vereinshaus“.  
Die Karten sind nur für den Tag gültig, für welchen sie gelöst werden.  
**Der Vorstand.**



## Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lüb. Volksboten.“)

Berlin, den 3. Mai 1901.

Während drohende Gewitterwolken über der Stadt Berlin und eine „Krisis“ über dem Lande Preußen schwebte, hielt der Reichstag in gewohnter Weise seine Sitzung ab. Freilich war die offizielle Sitzung im Saale bedeutend schwächer besucht, als die inoffizielle Sitzung, die in den Wandlungen abgehalten wurde. Dort unterhielt man sich über Miquels Nachfolger, ohne über die Person zur Einigung zu gelangen, und bemühte sich krampfhaft, auch für einige der bisherigen Kollegen Miquels Nachfolger ausfindig zu machen. Inzwischen debattierte man im Saale über das Gesetz betr. die Versorgung der Kriegsinvaliden. Die Vorlage ging fast unverändert durch; ein Verbesserungsantrag Schwarz-München wurde nach kraftvoller und humoristischer Begründung durch Genossen Singer auf den Wind der Regierungsvertreter abgelehnt; dagegen wurde ein Antrag Riff zu Gunsten der früheren Angehörigen der französischen Armee angenommen, nachdem ihn der Zentrumsabgeordnete Dr. Bachem unter Hinweis auf zwei Elfässerinnen, die in Nationaltracht auf der Tribüne saßen, begründet hatte. — Dann ging das Haus zur Beratung von Petitionen über. Zu langen Erörterungen gab eine Petition von Bienepächtern Anlaß, die in echt agrarischen Geiste die Färbung des Kunsthonigs verlangt. Genosse Wurm geißelte in mehrfachen trefflichen Ausführungen die Sucht der Nahrungsmittelbranchen, fortwährend nach derartigen Spezialgesetzen zu schreien, um den Gebrauch von Surrogaten zu verhindern, der doch nur ein Produkt der schlechten Bezahlung und eine Begleiterscheinung der schlechten Lebenslage der Arbeiter ist. Die Petition wurde dem Reichskanzler zur Berücksichtigung überwiesen. — Die Beratung der übrigen Petition bot keine interessante Momente da. Vor Schluß der Sitzung verlas der Präsident mehrere eben eingelaufene Interpellationen, unter denen sich auch eine von unserer Fraktion gestellte befindet, die sich darnach erkundigt, ob es dem Reichskanzler bekannt ist, daß gewisse reichsgesetzliche Vorschriften in Griesheim außer Kraft gesetzt worden sind.

Die nächste Sitzung findet morgen statt, mit der Tagesordnung: dritte Lesung der Kriegsinvalidenversorgung, dritte Lesung des Unfallfürsorgegesetzes für Soldaten und Beamte, Petitionen.

### 87. Sitzung. Mittags 1 Uhr.

Am Bundesrathstisch: v. Goltz, v. Tschelmann. Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Gesetzes über die Versorgung der Kriegsinvaliden und der Kriegshinterbliebenen.

Die §§ 1 bis 8 werden ohne wesentliche Debatte in der Kommissionsfassung angenommen.

Zu § 9, der neben den erhöhten Pensionen die Zulage für Nichtentwöhnung des Zivilversorgungsscheines nur denjenigen Unteroffizieren zugeteilt, welche den Zivilversorgungsschein durch zwölfjährigen aktiven Dienst erworben haben, beantragt Schwarz-München (b. F.) einen Zusatz, wonach diejenigen Kriegsinvaliden, die nach diesem Paragraphen die Zulage nicht erhalten würden, diese Zulage weiter erhalten sollen, wenn sie bis jetzt bezogen haben.

Rickert (Fg.) beantragt, daß in Ansehung dieses Paragraphen die Kriegsjahre doppelt gerechnet werden.

Generalleutnant v. Viebahn erklärt den Antrag Schwarz-München für unannehmbar und bittet auch den Antrag Rickert abzulehnen. Beide Anträge würden das Prinzip des ganzen Gesetzes durchbrechen und zu großen Schwierigkeiten führen.

Singer (S.) Ich habe die Ueberzeugung, daß wenn der Reichstag den Antrag Schwarz annimmt, die Regierung diesen Paragraphen schieben wird. (Seitert. it links.)

Je fester ein Parlament auf der Ausführung dessen, was es für richtig hält, besteht, desto mehr Aussicht ist vorhanden, daß die Regierung nachgibt. Das haben uns die Vorgänge in dem

Brennischen Abgeordnetenhaus gezeigt. Ich habe den dringenden Wunsch, daß das Haus die Probe auf das Exempel macht, ob die Regierung die Verantwortung übernehmen wird, an dieser Forderung das Gesetz scheitern zu lassen, welches seit Jahren der Reichstag einmütig verlangt und dessen Wichtigkeit die Regierung ebenso seit mehreren Jahren anerkannt hat. Es gibt zwei Sorten von Zivilversorgungsscheinen, eine Art, die solchen Leuten erteilt wird, die 8 Jahre gedient haben, und die andere, welche diejenigen erhalten, welche 12 Jahre gedient haben. Da aber in der Praxis kein Mann, der im Besitz der zweiten Klasse ist, angestellt wird, bevor die Inhaber der ersten Klasse angestellt sind, wird für sie der Zivilversorgungsschein illusorisch. In der Kommission ist von der Militärverwaltung zugesichert worden, daß dieser Uebelstand bei der einheitlichen Regelung des Militärpensionswesens abgestellt werden soll. Meine Ausführungen beabsichtigen nur, eine Wiederholung dieser Erklärung im Reichstage herbeizuführen.

Generalleutnant v. Viebahn bestätigt, daß die Absicht bestehe, die vom Abg. Singer erwähnte Härte für die jüngeren Kapitulanten zu beseitigen.

Die Anträge Schwarz und Rickert werden hierauf abgelehnt, § 9 in der Kommissionsfassung angenommen, ebenso die Paragraphen 10—22.

Riff (E.) beantragt einen § 22a in das Gesetz einzuschalten, wonach die Teilnehmer an dem Feldzuge 1870/71, die im französischen Heere kriegsinvalide und später Deutsche geworden sind, sowie deren Hinterbliebenen vom 1. April 1901 ab Beiträge aus dem Reichsinvalidenfonds bis zum Betrage der durch das vorliegende Gesetz gewährten Gehälter erhalten können.

Reichsschatzsekretär Freiherr v. Tschelmann erklärt sich mit dem Antrage einverstanden, wünscht aber Beilegung der Bestimmung, wonach die Mittel aus dem Reichsinvalidenfonds entnommen werden sollen.

Riff (E.) modifiziert seinen Antrag in der vom Staatssekretär gemauerten Weise.

Darauf wird der Antrag Riff nach längerer Debatte mit großer Mehrheit angenommen, ebenso debattelos der Rest des Gesetzes.

Es werden sodann zwei von der Kommission vorgeschlagene Resolutionen angenommen, worin der Reichskanzler ersucht wird, für möglichst frühzeitige Verlegung der in Aussicht genommenen Revisionsgesetze bezüglich der Militärpensionsgesetze und des Militär-Reliktenwesens zu sorgen, sowie dem Reichstag jährlich eine Uebersicht über die Zahl der vorhandenen Kriegsinvaliden vorzulegen.

Damit ist das Gesetz erledigt. Es folgen Petitionen, die in der Mehrzahl kein öffentliches Interesse haben. Eine Petition der Redaktion der „Wienzeitung“ und des Landwirtschaftlichen Vereins für Rheinpreußen bittet um Erlaß eines Honig-Gesetzes. Es wird analog wie bei der Margarine die Färbung des Kunsthonigs vorgeschlagen. Die Petitions-Kommission beantragt Ueberweisung der Petition an den Reichskanzler zur Erwägung.

Dr. Semler (N.) tritt für die Forderungen der Petenten ein, ist aber im Uebrigen mit der Färbung des Kunsthonigs nicht einverstanden.

Ein Regierungskommissar hält die Zeit für ein Gesetz, wie es die Petenten wünschen, noch nicht für gekommen, da die Chemie bis jetzt noch nicht im Stande sei, Verfälschungen von Honig mit Sicherheit zu erkennen.

Wurm (S.) Gegen Verfälschungen von Lebensmitteln kann allein eine genaue Kontrolle schützen. Dieses Mittel verlagert aber hier vollständig, denn eine genügende Kontrolle ist undurchführbar. Durch solche Gesetze, wie sie die Inter verlangen, wird in dem Publikum nur der Irrthum erweckt, es sei tatsächlich geschäft. Man muß außerdem berücksichtigen, ob ein Bedürfnis für die Herstellung solcher Surrogate vorliegt. Ein solches Bedürfnis liegt hier vor, sonst könnte sich einfach das Kunstprodukt neben dem Naturprodukt nicht halten. Wir sind der Meinung, daß auch in der Honigproduktion das bestehende Gesetz zum Schutz gegen Nahrungsmittel-Verfälschungen ausreicht und deshalb werden wir nur dafür stimmen, daß die Petition dem Reichskanzler zur Erwägung überwiesen werde, ob noch ein weiterer Schutz gegen die Honigverfälschung möglich ist. (Beifall bei den Soz.)

Schrempf (K.) Herr Wurm hat zuerst die Mißstände zugegeben, dann aber wieder alles zurückgezogen. Wir sind das von seiner Partei schon gewöhnt. Sonst sind keine Parteigenossen immer für die Organisation, wenn sich aber eine landwirtschaftliche Organisation bildet, wird sie gerade von der äußersten Linken bekämpft.

Geheimer Oberregierungsrath S. um vertritt die Ansicht,

daß die bestehende Gesetzgebung ausreicht, um den zu bestrafen, der Kunsthonig als Naturhonig verkauft.

Wurm (S.) Es ist unwahr, wenn Herr Schrempf sagt, mir schämen den ersten Produzenten nicht. Das verlangte Gesetz ist aber ein Unfug, die nicht ausführbar sind, machen wir nicht. Fegen Sie doch vor Ihrer eigenen Thür, geben Sie den Kühen nicht ein so wässriges Futter, daß die Kühe eine wässrige Milch geben. Fegen Sie vor Ihren eigenen Kuhställen, da ist genug Mist aufgehäuft. (Seitert. it links.)

Ledebour (S.) Wenn die Regierung Mittel ausfindig macht, der Verfälschung entgegenzutreten, so werden wir unsere Zustimmung dazu nicht verweigern. Vorläufig aber ist die Sache noch nicht spruchreif.

Nach längerer Debatte wird auf Antrag Semler (N.) die Petition dem Reichskanzler zur Berücksichtigung überwiesen, sobald nur gefordert wird, daß dem Naturhonig ein erhöhter gesetzlicher Schutz zu Theil wird. Gegen den Antrag stimmen die Freisinnigen und Sozialdemokraten.

Über eine Petition, die Verbot des Handels mit Gattschainen verlangt, geht das Haus auf Antrag der Kommission zur Tagesordnung über.

Präsident Graf Balloire theilt dem Hause mit, daß in der nächsten Woche drei Interpellationen zur Verhandlung kommen und zwar fragt

Herold (Z.) an, ob es dem Reichskanzler bekannt ist, daß die Vormerkung der Pferde für militärische Zwecke auch diesmal wieder während der Saat- und Erntezeit vorgenommen ist.

Singer (S.) erkundigt sich, ob dem Reichskanzler bekannt ist, daß die für die Errichtung und den Betrieb chemischer Fabriken geltenden Vorschriften der chemischen Fabrik in Griesheim gegenüber außer Acht gelassen worden sind und was der Reichskanzler zu thun gedenke, um derartige Ungleichheiten für die Zukunft zu verhindern.

Hodenberg (Welfe) fragt an, welche Schritte der Reichskanzler zur Befreiung der in Südafrika in englischer Gefangenenschaft befindlichen deutschen Missionare unternommen und welche Erfolge er erzielt hat.

Hierauf verlegt sich das Haus. Nächste Sitzung Sonnabend 1 Uhr (3. Lesung der Invalidenversorgung, 3. Lesung des Unfallfürsorgegesetzes für Beamte und Personen des Soldatenstandes und Petitionen).

Schluß 5 1/2 Uhr.

## Soziales und Parteileben.

**Streiks und Lohnbewegungen.** Die Ladrer und Maler in der hannoverschen Waggonfabrik (vormals Mag Menzel u. Co.) zu Hannover sind in den Streik getreten. Die genannten Arbeiter verlangen einen Stundenlohn von 43 Pfg. garantiert und 10 Prozent Lohnaufschlag für diejenigen, welche schon jetzt 43 Pfg. und darüber erhalten. — Der Steinfeilerstreik in Halle a. S. wurde nach 35wöchentlicher Dauer von den Streikenden beendet. Man beschloß, das Angebot der Färbung zu acceptiren, d. h. die Arbeit zu dem Stundenlohn von 52 Pfg. aufzunehmen. Gefordert waren ursprünglich 60 Pfg. und neunstündige Arbeitszeit. — Der Weberstreik in Cunewalde ist in ein neues Stadium getreten. Am Dienstag Vormittag legten bei J. G. Große die Meister und Werkführer die Arbeit nieder. Ihnen schlossen sich gegen 20 noch in Arbeit stehende, bisher nicht direkt am Streik beteiligte Arbeiter und Arbeiterinnen an. Wahrscheinlich werden die Meister der anderen Fabriken gleichfalls die Arbeit niederlegen. Die Werkmeister wollen sich nicht mehr als Streikbrecher benutzen lassen.

**Opfer des ersten Mai.** In Berlin wurden aus Anlaß der Maifeier nicht weniger als 7423 Arbeiter auf einige Tage ausgesperrt. Eine wesentliche Erhöhung dürfte diese Zahl nicht mehr erfahren. Am meisten theilhaftig an den Aussperrungen ist der Holzarbeiterverband. Von den ca. 12 000 Mitgliedern, welche am 1. Mai gefeiert haben, sind über 3000 ausgesperrt. Bei dem Zentralverband der Maurer waren bis zum Freitag Morgen 1520, bei der Lokal-Organisation 694 Maßregelungen bekannt. Bei den Zimmerern der Lokalen und zentralen Richtung wurden 695 Aussperrte gezählt, die sich auf 83 Firmen vertheilen. Bei den Bau-Hilfsarbeitern haben 54 Firmen 470 Arbeiter aus-

## Der Präsident.

Roman von Karl Emil Franzos.

25. Fortsetzung.

Nachdruck verboten.

„Wie soll ich dies verstehen?“ rief der Anwalt ängstlich und trat an ihn heran. „Du willst nicht?“

Der unglückliche Mann stöhnte auf. „Ich werde stief herbor. Aber später . . . später . . . sobald Dein Besuch erledigt ist.“

„Warum?“ rief Berger. „Ich habe bisher für jede Deiner Empfindungen . . . Handlungen Verständnis und Mitgefühl gehabt, . . . Jünger finde ich unverständlich, unverzeihlich. Ich würde Dich schonen, wenn weniger auf dem Spiele stünde, so aber soll Alles gesagt sein! Es ist unmännlich, es ist . . .“ Er hielt inne. „Erpaze mir, Dir dies zu sagen, der Du sonst so tapfer und entschlossen warst! Es ist keine Zeit zu verlieren, wiederhole ich. Wer bürgt Dir, daß es dann nicht zu spät ist? Wird mein Besuch verworfen, so kommt gleichzeitig auch dem Gerichte der Befehl zu, die Hinrichtung zu vollstrecken. Weißt Du so genau, daß Du dann noch hier bist, daß Du dann noch Zeit hast, nach Wien zu eilen?! Besinne Dich! . . . besinne Dich!“

Der Anwalt hatte es erregt gerufen und hielt nun erschöpft inne. Aber er war entschlossen, nicht zu weichen, und wollte eben seine Rede neu beginnen, als der Präsident sagte: „Du hast mich überzeugt, ich werde früher, noch vor Erledigung Deines Besuches, nach Wien gehen.“

„Also besteht Du darauf, daß ich das Gesuch einbringe?“

„Ich bitte darum, es kann ja keinesfalls schaden, nur nützen. Auch wird hierdurch jedenfalls viel Zeit gewonnen. Ich kann die Reise nach Wien nicht eher antreten, als bis die Untersuchung gegen die Arbeiter beendet ist. Auch hier ist kein Tag zu verlieren; Dernegg und ich, wir wissen Beide

nicht, ob nicht die Ordre schon unterwegs ist, die uns auf irgend eine Weise unschädlich macht. Hoffentlich gelingt es uns, bis dahin zu erweisen, daß gar keine strafbaren Handlungen vorliegen. Ich habe heute das Telegramm des Ministers erhalten und sofort erwidert, die Untersuchung sei so verwickelt, auch schon bereits so weit vorgeschritten, daß ein Wechsel der Untersuchungsrichter unthunlich sei.“

„Es freut mich, daß Du meinem Rathe gefolgt,“ jagte der Anwalt. „Und trotz dieser erschwerenden Umstände! Du zögertest, so lange Dir das Urtheil noch nicht bekannt war, so lange Du es bloß fürchtetest, und als die Befürchtung sich bestätigte, warst Du wieder muthig und schwankest keinen Augenblick, Deine Pflicht als ehrlicher Mann zu thun! Victor, das hätten Dir nicht Viele nachgethan!“ Er reichte ihm zum Abschied die Hand. „Du hast nun auch den Alten ins Vertrauen gezogen?“ fragte er noch, „ein Mitwisser mehr — es wäre immerhin zu überlegen gewesen! Nun ich will nicht wieder zu schelten beginnen. Leb' wohl!“

### Elftes Kapitel.

Mehr als zwei Wochen waren seit dieser letzten Unterredung verfloßen, der Januar 1883 neigte dem Ende zu, und noch war kein Ende der Untersuchung gegen die Arbeiter abzusehen.

Der Anwalt beobachtete dies voll Sorge. Er hatte das Gnadengesuch längst überreicht; schon nahte die Zeit, wo es dem Monarchen zur Entscheidung vorgelegt werden mußte, und noch immer hatte Sendlingen, wenn die Rede auf die Wiener Reise kam, Grund oder Veranlassung, zu sagen: er könne ja nicht abkommen, auch habe es noch Zeit. Berger blickte ihn auf jede solche Aeußerung hin so forschend an, als mühte er sich, sein Innerstes zu ergründen, und ging dann betrübt und kopfschüttelnd von dannen. Mit jedem

Tage erschien ihm die Handlungsweise Sendlingens räthelhafter und unheimlicher. Das war ja das einzige Mittel, Victorinens Leben zu retten! Wenn er dennoch zögerte, so konnte dies nur die Scheu vor der Pein dieser Stunde sein, nur Feigheit!

Aber wie oft sich auch Berger dies sagen mochte, sagen mußte, es gelang ihm nicht, sich selbst zu überzeugen. Er wies dieser Mann doch zur selben Zeit in einer andern Sache, wo es sich um Wohl und Wehe fremder Menschen handelte, einen moralischen Muth, wie er selten genug in diesem Lande, unter dieser Regierung zu finden war.

Der Konflikt zwischen Sendlingen und dem Minister hatte allmählich recht seltsame Formen angenommen; es war eine „echt österreichische Geschichte“ geworden, wie Berger zuweilen mit dem bitteren Lächeln des Patrioten meinte. Auf die ehrerbietige, aber entschiedene Antwort Sendlingens hatte der Minister so grob und lakonisch, als irgend möglich, dem Präsidenten befohlen, die Untersuchung sofort an Werner abzutreten. Nun zweifelte Niemand mehr, daß jede fernere Weigerung gefährlich sei und der Präsident fandte seine Erwidrerung: eine kurze, würdige Verwahrung gegen diesen unberechtigten Eingriff, mit dem Gefühl ab, daß er damit seine eigene Absehung unterschrieben. In der That wäre in einem anderen Lande nur noch eine gewaltthätige Lösung denkbar gewesen; hier kam es anders. Wohl folgte zunächst eine scharfe Rüge des Ministers, auch stellte er „weitere Schritte“ in Aussicht, aber der Blitz, den man nach diesem Donner befürchten mußte, blieb aus. Auf Umwegen wurde das gleiche Ziel angestrebt, man suchte die beiden Richter mürbe zu machen, ihnen die Fortführung der Sache zu verleiden. Legten sie dem Gerichtsenate den Antrag vor, die Untersuchung gegen einen der Angeklagten einzustellen, so erhob der Staatsanwalt flugs Einsprache dagegen und rief das Obergericht zu Hilfe. Daneben war die Polizei fieberhaft thätig und überschüttete die beiden Richter mit immer neuen Verdachtsgründen gegen die Verhafteten, welche ja durch-



gesperrt. Doch dürfte sich diese Zahl noch wesentlich erhöhen, falls die Resultate aus den Bezirken bekannt werden. Der Metallarbeiter-Verband zählt im Ganzen 250 ausgesperrte Mitglieder, die sich auf sechs Betriebe verteilen. Bemerkenswert ist, daß in den Organisationen der Schuhmacher, Schneider und Tapezierer so gut wie gar keine Maßregelungen vorgenommen worden sind, wahrscheinlich weil in diesen Betrieben jetzt Hochsaison ist. In Stettin wurde eine Anzahl Zimmerer ausgesperrt. In Dresden sperren die Kronleuchterfabrik von R. R. Seifert 160 Gürtler, Monteure, Schlosser, Dreher und Schleifer, die Tischfabrik Menzel 6 Tischler und 2 Drechsler, die Kofferfabrik Hippold 70 Sattler und die Schuhfabrik von Eberle 60 Schuhmacher auf einige Tage aus. Auch in Graz wurde eine große Anzahl Arbeiter wegen der Meißelung ausgesperrt.

**Eine Ausweisung.** Die niederländische Regierung hat, gegen jede niederländische Tradition, den belgischen Hafenarbeiterführer Fabri, der wegen Streikvergehens in seinem Vaterlande zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt war und deshalb nach Holland ausgewandert, ausgewiesen. Genossen Van Kol wird in der zweiten Kammer den Justizminister über diese vollständig ungezügliche That interpellieren.

**Gefangene als Ersatz für Streikende.** In Schneidemühl befinden sich die Maurer seit dem 22. April im Streik. Die Arbeitgeber haben vor dem Streik und auch jetzt sämtliche Verhandlungen mit den Arbeitern abgelehnt. Als die Meißel keine Arbeitswilligen für die niedrigen Löhne finden konnten, hat die Gefängnisverwaltung aus Schneidemühl sechs Gefangene zur Verfügung gestellt, um bei einem Maurermeister auf einem Streikbau zu arbeiten. Auf ein Gesuch der Streikkommission beim Bürgermeister, er möchte dafür eintreten, daß die Gefangenen vom Bau zurückgezogen werden, weil es eine Vereinnahmung der Behörde für die Arbeitgeber sei und damit das Koalitionsrecht der Arbeiter geschwächt werde, erklärte der Herr: Da am Bau gestreikt werde, sei es Nothwendigkeit, und könnte er nichts in der Sache thun. Auch ist dem Zunngsmeister Meyer am Schulbau bis auf Weiteres Aufschub für die Arbeiten gewährt worden. Auf die Vermittlung, welche der Bürgermeister den Arbeitgebern angeboten hat, ist denn auch die Antwort erfolgt, daß sich die Unternehmer bereit erklären, den Maurergesellen, welche brauchbare Arbeit liefern, während der Sommerzeit per Arbeitsstunde 37 Pfg. Lohn für eine Tagesarbeit von 11 Stunden und während der übrigen Jahreszeit denselben Satz, so lange die Arbeit bei Tage geleistet werden kann, zu gewähren, wenn sämtliche Gesellen nächsten Montag die Arbeit wieder aufnehmen. Auf weitere Vorschriften lasse man sich nicht ein. Die Forderung der Gesellen sind 10 Pfundige Arbeitszeit und 40 Pfg. Lohn. Da der Streik fortgesetzt wird, werden die Maurer gebeten, den Zugang fernzuhalten.

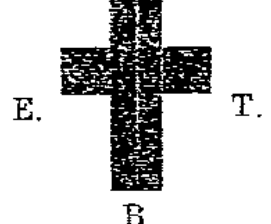
### Aus Nag und Fern.

**Kleine Chronik.** Die Strafkammer in Duppeln verurtheilt den 26jährigen Lehrer Otto Bartelt aus Großschönau wegen Sittlichkeitsverbrechen an Schulkinder zu dreijähriger Zuchthaus- und fünfjähriger Ehrverlust. — In Weller'sdorf, Kreis Sorau, tödtete der Arbeiter Weiche den Arbeiter Pohl mit einer Gasse, jagte auf eine Frau, die von mehreren Augen an der Schulter gerissen wurde, und verletzte eine andere Frau schwer mit der Gasse. — Wegen Verleumdung des Fleischermeisters Adolf Lemm hatte das Schöffengericht in Königs die Gefängnisverwalterin Anna Rosz zu 20 Mark Geldstrafe verurtheilt, weil sie Lemm auf der Straße nachgerufen hatte: „Sie sind der Mörder Winters.“ Die Strafkammer erhöhte die Strafe auf 120 Mark. — Wegen vierfachen Kindermordes hatte sich die 47jährige Wirthschafterin Johanne Zelle, separirte Fleischermeisterin Madant aus Schwanitz bei Wollin i. P., vor dem Schwurgericht in Stettin zu verantworten. Die Angeklagte wurde beschuldigt, von 1890 bis 1898 ihre vier unehelichen Kinder sofort nach der Geburt getödtet zu haben. Der Staatsanwalt beantragte eine Zuchthausstrafe von zehn Jahren. Nach längerer Beratung erkannte der Gerichtshof in Höhe dieses Strafmaßes. — Ueber einen Selbstmordveruch am Hochzeitsstage meldet der Polizeibericht in Berlin: Weil er sich an seinem Hochzeitsstage mit seiner Frau ergrünte hatte, sprang ein junger Beamter von der Kurpfälzenerbrücke in die Spree, rief aber um Hilfe und wurde von

einem Schuhmann mit dem Rettungsball wieder herausgezogen. Die Ehe fängt ja gut an. — Die Voruntersuchung in der Aachener Sittlichkeits-Affäre ist nahezu abgeschlossen; die sensationelle Angelegenheit dürfte noch in der ersten Hälfte dieses Monats vor der Strafkammer in Aachen zur Verhandlung kommen. Es haben sich insgesammt sechs Herren der sog. besseren Gesellschaft, unter ihnen aber in Haft genommene Regierungsrath Schneemann, zu verantworten. Einem der Hauptbetheiligten in dieser schmutzigen Affäre ist es gelungen, sich rechtzeitig durch die Flucht ins Ausland in Sicherheit zu bringen; er soll gegenwärtig in Kopenhagen weilen. — In Marseille haben sich zwei junge Leute aus besserer Familie im Alter von 19 und 20 Jahren, der Sohn des ehemaligen Gouverneurs des Senegal, Chandie, und der Sohn des Marinekommissars Mathis, die in Sizilien studirten, gleichzeitig erschossen. In ihren letzten Briefen gaben sie an, daß sie das Leben öde, banal und langweilig finden und nur aus diesem Grunde in den Tod gehen.

**Der Trost für die Hinterbliebenen des toten Chinakriegers, eingerahmt.** Vor uns liegt, so schreibt unser Schuttparter Parteiorgan, die „Schwäb. Tagw.“, ein seltsames, mit Schreibmaschinenschrift ausgefülltes Formular, das uns sehr interessant vorkommt. Es zeigt, daß es in Deutschland noch Menschen giebt, die ein warmes Herz haben, auch für das Unglück, das der Chinakrieg angerichtet hat, und den Bedauernswerthen Trost spenden. Einen reichen, schon ausgestatteten Trost — ganz umsonst kann das natürlich auch nicht geschehen, je nun, umsonst ist nur der Tod — des Chinakriegers. Das Schreiben kommt aus der frommen Werkstätte des Predigers Hülle in Berlin, wo überhaupt alle Schäden der Zeit mit frommen Sprüchlein, Traktätchen u. dergl. geheilt werden, und lautet wörtlich wie folgt:

Evangelischer Trostbund.  
Berlin SW., Alte Jakobstraße 129.



Herrn  
Arbeiter . . . . . Heilbronn, Agr. Würtbg.  
Aus der Verlustliste der in China kämpfenden Truppen haben wir gesehen, daß in den dortigen Kämpfen Ihr Sohn den Tod für Kaiser und Reich erlitten hat. Das Vaterland ehrt sein Andenken, und auch wir möchten dazu beitragen, dem tapferen Gefallenen eine Ehrung zu erweisen.

Wir sind bereit, Ihnen ein Gedenkblatt zu überreichen, welches den Namen des Verstorbenen trägt und in seiner Familie ein theures Andenken sein wird. Dieses Gedenkblatt ist nicht nur von hohem künstlerischen Werth, sondern hat auch eine hohe patriotische Bedeutung, denn Seine Majestät der Kaiser selbst hat im innigen Mitgefühl mit den auf dem Felde der Ehre gefallenen tapferen Söhnen des Vaterlandes dieses Gedenkblatt Allerhöchst eigenhändig entworfen, mit dem Wunsche, daß die Hinterbliebenen dadurch getröstet werden.

Wir sind bereit, Ihnen das Gedenkblatt kostenlos, ungerahmt, zu überreichen, sind jedoch der Meinung, daß es besser ist, wenn Sie sich dasselbe von uns eingerahmt schicken lassen. In diesem Falle würden die Kosten der Einrahmung nebst Verpackung und Porto 3 Mark betragen, welche Sie an uns einzuzahlen haben. Wir legen zu diesem Behuf eine Postanweisung bei und fügen auch eine verkleinerte Abbildung des Gedenkblatts hinzu, welches eine Größe von 66:50 Centimeter hat.

Wir bitten Sie, uns freundlichst mittheilen zu wollen, 1) ob Sie das Gedenkblatt für Ihren Sohn zu haben wünschen und 2) ob Sie dasselbe eingerahmt wünschen, in welchem Falle Sie für Verpackung und Rahmen 3 Mark durch beifolgende Postanweisung an uns einzuzahlen haben.

Hochachtungsvoll  
Evangelischer Trostbund.  
Mit diesem Schreiben wurde dem Trauernden das Exemplar eines „Gedenkblatts“ vorgelegt, das die bekrönte Ger-

mania mit dem Vorbeerkranz in der Hand zeigt. Zur Seite stehen die Worte:

„Zur Erinnerung an . . . . .  
Geb. . . . .  
gest. . . . .“

Er starb für Kaiser und Reich, Ehre seinem Andenken.“ Darunter ein Christuskopf mit der Dornenkrone, über dem Ganzen ein Kreuz im Byzantinerstil. Rechts unten die biblischen Worte: „Niemand hat größere Liebe, denn die, daß er sein Leben läßt für seine Freunde.“ Links unten kann man lesen: W. fecit. — Wir hoffen, daß des trostreichen Pastor Hülle's Unkosten reichlich gedeckt werden.

**Die Geschäfte in Monte Carlo gehen schlecht.** Zur Erläuterung des vor einiger Zeit mitgetheilten Jahresberichts wird der „Frankf. Ztg.“ folgendes geschrieben: Nicht daß es der Roulette und dem trente et quarante an Zuspruch fehle, aber merkwürdigerweise giebt es neuerdings eine Menge Leute, die in Monte Carlo gewinnen, was natürlich gänzlich außer der Berechnung der Spielpächter liegt. Baron Ephrussi ist aus Monte Carlo um 1 1/2 Millionen Francs reicher hinweggegangen, als er hingekommen war, und dieser Herr besitzt eine so erschreckende Kaltblütigkeit und einen so ungeheuren Spielfonds — er ist Schiebersohn eines Rothschild —, daß die Croupiers wenig Hoffnung haben, ihm seinen Gewinn wieder abzugewinnen. Baron Ephrussi läßt sich absolut nicht spargen. Verliert er, so spielt er mentwegt fort, bis endlich der Moment kommt — und er kommt mit unfehlbarer Sicherheit —, daß seine Farbe gewinnt. Dann holt er seine Verluste stets wieder ein. Um in Monte Carlo zu gewinnen, muß man eben sehr viel Geld in der Tasche haben — mindestens 25 000 Francs für jede 100 Francs, die man gewinnen will — und Baron Ephrussi hat nicht nur diese Spielregel begriffen, sondern besitzt auch, was die Hauptsache ist, bei den Banken in Monte Carlo einen solchen Kredit, daß er dieser Regel gemäß spielen kann. Sehr große Gewinne hat vergangenen Winter auch der Baron Carlo di Rudini, der älteste Sohn des bekannten italienischen Politikers, erzielt. Auch dieser „Montecarlisi“ ist so vorsichtig gewesen, sich einen Vater mit 200 Millionen Francs Vermögen auszuwählen, sodaß er der Spielbank ebenbürtig gegenübersteht. Unrettbar verloren sind in Monte Carlo dagegen die kleinen Spieler, die mit einem Kapital von 500 oder 1000 Francs ein paar Millionen gewinnen wollen. Sobald ihnen das Glück auf eine Stunde untreu wird, geht ihr Kapital und der kleine etwa vorher erzielte Gewinn zum Teufel, und sie sind dann außer Stande, später von einer günstigen Wendung der Dinge Vortheil zu ziehen. Diese kleinen Kapitalisten, von denen sich jeden Tag ein paar Duzend in Monte Carlo ruiniren, haben den Hauptantheil der 23 125 000 Francs, auf die sich der Reingewinn der Spielbanken im Geschäftsjahr 1900—1901 belief, an den Spieltischen geopfert. Der Gewinn blieb, wie gesagt, weit hinter den Erwartungen der Bankhalter zurück, denn man muß bedenken, daß im vorigen Jahre Weltausstellung in Paris war, und daß fast alle überseeischen Besucher der Weltausstellung auch der Roulette ihren Tribut zu zahlen pflegten. Im Jahre 1889, während der vorletzten Pariser Ausstellung, hatte die Spielbank einen Reingewinn von 3 Millionen Francs erzielt. Und dieses Jahr 14 Millionen Lire weniger! Der südafrikanische Krieg hat große Schuld an diesem schlechten Geschäftsgange, denn die Engländer — sonst die besten Kunden von Monte Carlo — sind seit diesem unglückseligen Kriege in Monte Carlo recht selten und überdies sparsam geworden. Aber außerdem muß man auch allen Ernstes befürchten, daß die Menschheit nach und nach gescheitert wird. Abgesehen davon, daß einzelne Leute in Monte Carlo sogar gewinnen, zeigt sich auch die große Masse der Spieler von Jahr zu Jahr vorsichtiger und fastblütiger. Die Leute lassen sich von der Spielleidenschaft nicht mehr in dem Maße wie früher zu Dummheiten fortreißen. Die Zahl der Selbstmorde in Monte Carlo nimmt von Jahr zu Jahr ab. Daß sich ein Spieler in der ersten leidenschaftlichen Wuth über seinen Ruin gleich im Spielsaale eine Kugel durch den Kopf schießt, was die schlaffen Nerven der Spieler- und Croupier-Gesellschaft für einige Minuten aufzupeitschen vermag, ist seit langer Zeit nicht mehr vorgekommen. Kurz und gut, die Geschäftslage der Spielbank ist herzlich schlecht und die Zukunftsaussichten sind noch schlechter.

geprüft werden mußten, so sehr man von ihrer Nützlichkeit im Voraus überzeugt sein mochte.

Es gab unter den Mitgliedern des Gerichtshofes bei aller Verschiedenheit des Charakters keinen Mann, der nicht diesen Kampf Sendlingen für die Unabhängigkeit des Richterstandes mit Sympathie begleitet hätte, und vollends in der Bürgerlichkeit herrschte war eine Stimme begeisterter Bewunderung. Um so höher wurde dem Freiherren dieses würdevolle Verhalten angerechnet, als es fast sichtlich keine Kraft antrieb. Sein Haar ergaunte, die Haltung wurde schlaffer, die Züge wiesen nun fast immer den Ausdruck gramvoller Noth an. Die Leute wunderten sich nicht darüber, es mußte diesem Mann, der so sichtlich dazu bestimmt gewesen, einst das höchste in seiner Laufbahn zu erreichen, ja vielleicht der oberste Richter des Reiches zu werden, ins letzte Leben greifen, nun täglich, stündlich von der Entlassung bedroht zu sein.

Nur die drei Mitglieder seines Geheimnisses wußten es besser, und insbesondere Berger war überzeugt, daß der heiligenwürdige Mann die Qual der Ungewißheit über das Schicksal seines Kindes kaum länger ertrage. Um so energischer wurden daher seine Schritte, mindestens dieser unglücklichen Qual ein Ende zu machen, und immer wieder sprach er vergeblich.

Es war es auch am letzten Januartage. Sendlingen blieb bei seiner Antwort: „Es hat noch Zeit, der Kaiser hat das Gehör noch nicht in Händen“, und der Anwalt wollte wieder betriibt das Bureau verlassen, als plötzlich die Thüre heftig aufgerissen wurde und Herr von Berner hereinströmte.

Herr Präsident, rief der alte Herr fast launiglos vor Freude und Schreck eines großen zufallenden Briefbogens wie eine Fahne in der Hand, „eben bekommen ich das da . . . das da bekomme ich eben . . . Raschlich: ich bin zu Ihrem Nachfolger ernannt, hier ist das Verbot.“  
Der Präsident wurde bleich. „Ich gratulire“, sagte er

mühsam. „Wann haben Sie die Führung der Geschäfte zu übernehmen?“

„Am 22. Februar“, war die Antwort. „Oh! wie ich mich freue! Und auch Sie, nicht wahr Sie gönnen es mir! Warum sollte es Sie auch betrüben? Sie verlassen ja jedenfalls mit Ende Februar den Posten, um —“ Er hielt verlegen inne. „Am als Präsident des Obergerichts nach B. zu gehen“, fuhr er heftig fort. „Daran wollen wir festhalten, das Gegentheil anzunehmen wäre ja unfinnig. Sie haben den Minister geärgert, er veranlaßt sich ein wenig — das ist Alles! . . . Leben Sie wohl, meine Herren, ich eile zu meiner Frau.“ Der alte Herr trippelte mit vergnügtem Lächeln hinaus.

„Das ist deutlich genug“, wandte sich Sendlingen nach einer Pause an den Freund. „Mein Nachfolger wird ernannt, ohne daß ich befragt werde; das Dekret wird ihm direkt geschickt und nicht durch mich; ja noch mehr, ich werde nicht einmal gleichzeitig verständigt, wann ich ihm die Geschäfte zu übertragen habe. . . . So bin ich für den Minister schon heute ein tochter Mann!“ Aber was kann mir in meiner Lage viel daran liegen? Berners Mittheilung erschröckte mich nur einen Augenblick, so lange ich befürchtete, daß ich ihm die Leitung sofort überlassen müßte. Aber der 22. Februar — das sind noch drei Wochen. Bis dahin ist Alles entschieden.“

„Zwei Tage später, am Festtage Maria Lichtmess, an dem in einigen Gegenden des katholischen Oesterreich noch der Brauch geübt wird, einander durch kleine Aufmerksamkeiten zu erfreuen, erhielt auch der Präsident ein Gesuch des Ministers. Das Schreiben lautete: „Sie haben die Leitung am 22. Februar dem neu ernannten Präsidenten von Berner zu übergeben. Eine weitere, Sie betreffende Verfügung wird Ihnen nächstens bekannt gegeben werden.“

Diese Vorart sprach deutlich genug. Auch war eine neue Verfügung nur dann nöthig, wenn es nicht bei der bisherigen blieb, der Ernennung nach B. Die Abjehung Sendlingens war sichtlich beschlossene Sache.

Die Beamten des Landesgerichts geriethen in tiefste Erregung: wer stand noch sicher, wenn dieser Mann fiel? Und wohin immer die Kunde drang, wachte sie Trauer und Entrüstung. Noch am Abend desselben Tages versammelten sich die hervorragendsten Männer der Stadt, um über eine Ovation für den Scheidenden zu berathen. Es wurde beschlossen, ihm eine Adresse zu überreichen und ein Abschiedsbankett zu veranstalten.

Berger, der mit bei der Versammlung gewesen, verabschiedete sich sofort, nachdem der Beschluß gefaßt war, und eilte zu Sendlingen, weil er annahm, daß der Freund heute seines Trostes am meisten bedürfen werde. Doch war dieser so ruhig, daß es den Anwalt fast seltsam berührte. „Ich habe ja Zeit gehabt, mich an diesen Gedanken zu gewöhnen“, sagte er.

„Wie gedenkst Du nun Dein Leben einzurichten?“ fragte Berger.  
„Ich werde nach Graz übersiedeln“, erwiderte Sendlingen rasch; er sprach damit offenbar nur einen längst gehegten Entschluß aus.

„Wird es Dir dort nicht zu einsam sein?“ entgegnete der Anwalt. „Warum willst Du nicht nach Wien? Du bist ja durch das Erbe nach Deiner verstorbenen Gattin ein reicher Mann, der die Pensionopolis an der Mur nicht ihrer Willkür wegen zu wählen braucht. In Wien leben Dir viele Freunde, dort findest Du die meiste Anregung zu wissenschaftlicher Arbeit, auch darfst Du nicht ganz von der Bildfläche verschwinden. Deine Carriere ist nur geringfügig unterbrochen, aber noch lange nicht beendet. Ein Systemwechsel, ja auch nur ein Personenwechsel im Ministerium wird Dich wieder in den Staatsdienst bringen, vielleicht auf einen höheren Posten, als Du nun verläßt!“

„Mein Entschluß steht fest. Brigitta reißt in einigen Tagen nach Graz, die Wohnung zu mietzen und die Einrichtung zu besorgen.“

(Fortsetzung folgt.)